

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1982

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Ausländische Schüler 1976 bis 1981

- 207 Im Jahre 1981 war jeder dritte Ausländer in Rheinland-Pfalz unter 20 Jahre alt. Etwa die Hälfte dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen, insgesamt 26 600, besuchte im Schuljahr 1981/82 eine allgemein- oder berufsbildende Schule. Die meisten (19 800) gingen zur Grund- und Hauptschule.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1981

- 213 Der Mikrozensus ist eine der wichtigsten statistischen Quellen über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung.

Personal an Hochschulen 1981

- 216 Im Oktober 1981 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen und am Klinikum in Mainz 11 704 Personen beschäftigt. Hiervon zählten 45% zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 55% zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal.

Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen Wirtschaft

- 220 Bei der Hauptfeststellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1977 wurde bei 66 412 rheinland-pfälzischen Gewerbebetrieben ein positiver Einheitswert festgestellt. Die Angaben über das Anlage- und das Umlaufvermögen sowie über das Eigen- und das Fremdkapital lassen eine Bilanzanalyse zu.

Außenhandel mit dem Nahen Osten

- 228 Im Vergleich zum Jahre 1973 haben die rheinland-pfälzischen Außenhandelsbeziehungen zu den Staaten des Nahen Ostens überdurchschnittlich zugenommen. Diese Staaten zählen zu den bedeutendsten Ölförderländern.

Anhang

- 65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Zahl der türkischen Schüler nimmt am stärksten zu

An den rheinland-pfälzischen Schulen wurden im Schuljahr 1981/82 rund 26 600 ausländische Schüler unterrichtet. Das sind 4% aller Schüler. 1976 hatte der Anteil noch bei 2% gelegen. Besonders stark zugenommen hat die Zahl der türkischen Schüler, die sich von 1976 bis 1981 auf 13 600 verdreifachte. Damit ist jeder zweite ausländische Schüler Türke.

Die meisten ausländischen Schüler (19 800) wurden 1981/82 an Grund- und Hauptschulen unterrichtet. Nur 850 besuchten eine Realschule, 1 200 ein Gymnasium. Weitere 4 000 ausländische Schüler befanden sich an einer berufsbildenden Schule. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 207

31% mehr Beschäftigte im Dienstleistungsbereich innerhalb von zehn Jahren

In Rheinland-Pfalz gab es im Mai 1981 rund 1,6 Mill. Erwerbstätige. Darunter waren 659 400 Arbeiter, das sind 16 700 weniger als zehn Jahre zuvor. Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen ging damit von 44 auf 42% zurück. Angestellte gab es 158 500 mehr als 1971. Ihr Anteil an den Beschäftigten stieg von 27 auf 36%. 9% der Erwerbstätigen waren Selbständige, etwa ebensoviele Beamte.

In der Land- und Forstwirtschaft waren 1981 noch 7% der Erwerbstätigen beschäftigt gegenüber 12% im Jahre 1971. Im produzierenden Gewerbe verringerte sich der Anteil in diesem Zeitraum von 45 auf 43%. Demgegenüber erhöhte sich im Dienstleistungsbereich der entsprechende Anteil von 26 auf 33%, das entspricht einer Zunahme um 123 700 Erwerbstätige. Im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr waren 1981 rund 15 600 Personen mehr beschäftigt als zehn Jahre zuvor; der Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen blieb mit 17% unverändert. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 213

Vier von fünf Hochschulbeschäftigten an Universitäten tätig

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz und am Klinikum in Mainz waren im Oktober 1981 insgesamt 11 704 Personen beschäftigt. Dies sind 2,8% mehr als im Oktober 1980. 5 212 (45%) zählten zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 6 492 (55%) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. 10 041 Personen (86%) waren hauptberuflich und 1 663 (14%) nebenberuflich tätig.

Vier Fünftel des Hochschulpersonals war an einer der drei Universitäten des Landes bzw. der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer beschäftigt, 13,4% an Fachhochschulen, 5% an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und 0,7% an theologischen Hochschulen. we

Mehr über dieses Thema auf Seite 216

„Aktion Haushaltbuch“ - Wer macht mit?

1983 wird wieder eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt. Diese repräsentative Erhebung soll für die Wirtschafts- und Sozialpolitik dringend benötigte neue Daten über Einkommensquellen und Einkommensverwendung liefern. Sie soll Änderungen in den Verbrauchsgewohnheiten und Sparformen der privaten Haushalte seit der letzten Erfassung im Jahre 1978 erkennen lassen.

Gerade in der heutigen Zeit erstmals sinkender Realeinkommen und enorm gestiegener Energiekosten sind diese Zahlen für jeden einzelnen Bürger sehr wichtig.

An dieser Erhebung können sich Haushalte aller Größen und sozialen Schichten freiwillig beteiligen. Insbesondere sucht das Statistische Landesamt noch Haushalte von Selbständigen, Arbeitern, Rentnern, Pensionären, Nichterwerbstätigen und Landwirten.

Der Arbeitsaufwand ist gering: Von Januar bis Dezember 1983 sind alle Einnahmen und bestimmte größere Ausgaben in vorgedruckte Anschreibungsbücher einzutragen. Nur in einem Monat ist der Nachweis aller Ausgaben erforderlich. Eine Beratung erfolgt durch geschulte Mitarbeiter. Die Geheimhaltung der Angaben ist gewährleistet. Als Prämie erhält jeder teilnehmende Haushalt am Ende der Erhebung einen Betrag von 70 Mark und nimmt außerdem an einer Verlosung mit beachtlichen Geldpreisen teil.

Interessierte Haushalte können sich schriftlich oder telefonisch an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems (Telefon 0 26 03/7 12 88 oder 7 13 26) wenden. ge

Ausländer lieben die Campingplätze in den Gebieten Eifel/Ahr und Mosel/Saar

Im ersten Halbjahr 1982 wurden auf den 249 rheinland-pfälzischen Campingplätzen 170 000 Gäste gezählt. Das sind 7% weniger als in den ersten sechs Monaten 1981. Jeder vierte Gast war ein Ausländer. Jeweils ein Viertel der Gäste besuchten die Fremdenverkehrsgebiete Eifel/Ahr und Mosel/Saar. In das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus kamen 20%. Es folgen die Pfalz (13%), das Rheintal (12%), Hunsrück/Nahe/Glan (7%) und Rheinhessen (1%). Dabei ist zu berücksichtigen, daß es in Rheinhessen nur sechs Campingplätze gibt.

Die größte Anziehungskraft für ausländische Gäste hatten die Regionen Eifel/Ahr und Mosel/Saar. Drei Fünftel der Ausländer waren Holländer, jeder sechste ein Brite.

Unbeeinflusst von der rückläufigen Gästezahl stieg die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen um 4% auf 746 000. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf den rheinland-pfälzischen Campingplätzen betrug 4,4 Tage. san

Österreich ist das beliebteste ausländische Reiseziel der Rheinland-Pfälzer

Im Jahre 1981 machte jeder zweite Rheinland-Pfälzer eine oder mehrere Urlaubsreisen. 60% der Urlauber fuhren ins Ausland, 40% hatten einen Urlaubsort im Bundesgebiet gewählt.

Von den Inlandsreisenden fuhren die meisten nach Bayern (45%) und Baden-Württemberg (15%), 10% blieben im Land.

Das beliebteste ausländische Reiseziel der Rheinland-Pfälzer ist Österreich. Dorthin führte mehr als ein Viertel der Auslandsreisen. Es folgen Italien (21%), Spanien (13%), Frankreich (10%), die Schweiz (6%) und Jugoslawien (4%).

Fast zwei Drittel der Urlauber fuhren mit dem Auto in Urlaub, 14% mit der Eisenbahn und 13% mit dem Flugzeug. Busreisen machten weniger als ein Zehntel aus.

Ein Drittel aller Urlauber wohnte in Privatquartieren (von diesen wiederum weit über die Hälfte unentgeltlich bei Freunden oder Verwandten), 14% hatten ein Ferienhaus oder Appartement gemietet und 8% verbrachten ihren Urlaub auf einem Campingplatz. pe

Jeder Fünfte ißt in der Kantine

Neun von zehn der 1 572 000 Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz essen täglich zu Mittag. Wie aus Schätzungen des Stat. Landesamtes hervorgeht, ißt jeder zweite zu Hause, jeder vierte bringt seine Mittagsmahlzeit von zu Hause mit, jeder fünfte besucht eine Kantine. Während von den weiblichen Erwerbstätigen 62% zu Hause essen, sind es bei den Männern 41%. Dafür bringen diese häufiger (28%) ihre Mahlzeiten mit zur Arbeit als die Frauen (17%). In der Kantine essen fast 23% der Arbeitnehmer, aber nur 17% der Arbeitnehmerinnen.

Von den Beamten haben 48%, von den Angestellten 47% ihr Mittagessen zu Hause. Bei den Arbeitern beträgt dieser Anteil 37%. Auch am Kantinenessen nehmen Beamte (39%) und Angestellte (25%) relativ häufiger teil als Arbeiter (19%). Andererseits bringen 38% der Arbeiter ihr Mittagessen von zu Hause mit, von den Angestellten 19% und von den Beamten 8%.

Mit zunehmendem Alter ist eine Änderung der Essgewohnheiten zu beobachten. Während von den unter 20 Jahre alten Erwerbstätigen noch mehr ihr Essen zur Arbeit mitbringen (40%) als zu Hause essen (34%), ißt von den über 30jährigen bereits jeder zweite zu Hause. Nur noch jeder fünfte Beschäftigte dieses Alters bringt sich sein Essen zum Arbeitsplatz mit. Weniger große Unterschiede sind bei den Kantinenbenutzern zu finden. Erst die über 55 Jahre alten Arbeitnehmer essen statt in der Kantine lieber zu Hause. ko

Getreideernte übertrifft alle Erwartungen

Die Bauern in Rheinland-Pfalz haben 1982 mehr Getreide eingefahren als je zuvor. Nach neuesten Ermittlungen beträgt die Ernte insgesamt 1,57 Mill. t. Sie übertrifft das Ergebnis von 1981 um 8% und den Sechsjahresdurchschnitt 1976/81 um 12%.

Bei regional starken Unterschieden wurden im Landesdurchschnitt 45,2 dt je Hektar geerntet gegenüber 41,5 dt im Vorjahr (+ 9%) und 38,7 dt im mehrjährigen Durchschnitt (+ 17%). Winterweizen mit 52,4 dt je Hektar, Sommerweizen (45,9), Wintergerste (51,2) und Sommergerste (40,7) brachten Spitzenenerträge. Roggen, Hafer und Menggetreide fielen dagegen etwas ab. tg

Vermögensdelikte um 9% angestiegen

Im Jahre 1981 haben die rheinland-pfälzischen Gerichte 53 919 Personen wegen Verbrechen oder Vergehen abgeurteilt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 5,2%. 44 099 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt. Die Kriminalität (Verurteilungen bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung) stieg von 1 405 auf 1 445 (+ 2,8%).

Erstmals seit 1977 ist wieder ein leichter Anstieg der Erwachsenenkriminalität auf 1 200 (+ 1,9%) zu verzeichnen. Eine wesentlich stärkere Zunahme ergab sich bei den Jugendlichen (unter 18 Jahre) und Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre). In diesen Altersgruppen errechnen sich für 1981 Verurteilungsziffern von 2 302 (+ 6,3%) und 3 585 (+ 3,5%).

Auffallend ist, daß der Anteil der Straßenverkehrsdelikte (45%, Vorjahr 47%) rückläufig ist. Der Anstieg der Kriminalität ist in erster Linie auf eine Zunahme der Vermögensdelikte - sie stellen mit 30% die zweitstärkste Straftatgruppe - um 9% zurückzuführen. Wegen Raub und Erpressung wurden im Berichtsjahr 354 Personen verurteilt. Bei diesen den Kapitalverbrechen zuzuordnenden Delikten wurde die höchste Steigerungsrate (+ 42%) festgestellt. nö

Trend zum „verflixten siebenten Jahr“ erkennbar

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 6 172 Ehen rechtskräftig geschieden. Das sind 11% mehr als im Vorjahr.

Fast zwei Drittel der geschiedenen Ehen bestanden noch keine zehn Jahre. In der Ehedauer ist ein Trend zum „verflixten siebenten Jahr“ erkennbar. Ließen sich 1972 noch 38% der Ehepaare bereits innerhalb von fünf Jahren wieder scheiden, so sind 1981 nur noch 1 837 Ehen (30%) in dieser Zeit gescheitert. Dementsprechend ist der Anteil der nach fünf bis zehn Jahren geschiedenen Ehen größer geworden (1972: 26%; 1981: 29%). nö

Ausländische Schüler 1976 bis 1981

Im Jahre 1981 waren rund ein Drittel aller Ausländer in Rheinland-Pfalz Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Jeder zweite von ihnen wurde an einer allgemein- oder berufsbildenden Schule unterrichtet. Im Durchschnitt besuchen sieben von zehn aller Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahre eine Schule.

Seit 1973, dem Jahr des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer, stieg in Rheinland-Pfalz die Zahl der Ausländer nur unwesentlich an. Der Anteil der Ausländer lag damals bei 4%, 1981 bei 4,6%. Dies geht aus der jährlich zum 30. September durchgeführten Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters hervor¹⁾.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Ausländer in der Altersgruppe der bis 20jährigen wesentlich stärker an. 1974 hatte er bei 4% gelegen, 1981 bereits bei 6,5%. Noch höher ist der Ausländeranteil bei den Lebendgeborenen. 1981 hatte jedes 13. neugeborene Kind (7,5%) in Rheinland-Pfalz ausländische Eltern. Der hohe Anteil ist vor allem dadurch bedingt, daß die Zahl der Geburten bei der deutschen Bevölkerung ab-

nahm, während sie bei den Ausländern noch anstieg bzw. konstant blieb.

Der relativ hohe Anteil in der Altersgruppe der bis 20jährigen und der starke Zuwachs von Zahl und Anteil in dieser Gruppe wirkt sich im Schulbereich besonders stark aus. Im Schuljahr 1976/77 waren 2% der Schüler aller Schulen des Landes Ausländer, im Schuljahr 1981/82 bereits 4%. Die Schülerzahl nahm von 15 400 im Jahre 1976 auf 26 600 im Schuljahr 1981/82 zu.

Stärkste Zunahme bei türkischen Schülern

Der zahlenmäßige Anstieg war bei den türkischen Schülern am stärksten. Ihre Zahl, die 1976 an allen rheinland-pfälzischen Schulen bei 4 500 gelegen hatte, hat sich bis 1981 verdreifacht. Bei allen anderen Staatsangehörigkeiten wuchs die Schülerzahl wesentlich weniger stark, die Zahl der Schüler mit französischer und spanischer Staatsangehörigkeit ging sogar zurück. Ein stärkerer Zuwachs ist noch bei der Zahl der jugoslawischen Schüler auf knapp das Doppelte zu verzeichnen. Die Zahl der portugiesischen Schüler stieg von 1976 bis 1981 von 700 auf 960, die der italienischen von 3 300 auf 4 000.

¹⁾ Vgl. H. Kollmar: Ausländer in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 4, April 1982.

Ausländische Schüler 1976 - 1981

Schulart/-form	Schuljahr											
	1976/77				1978/79				1980/81			
	insgesamt		Ausländer		insgesamt		Ausländer		insgesamt		Ausländer	
	Anzahl	%			Anzahl	%			Anzahl	%		
<u>Allgemeinbildende Schulen</u>	607 524	13 246	2,2	571 666	15 944	2,8	526 059	20 592	3,9	501 457	22 608	4,5
Grund- und Hauptschulen	404 584	11 575	2,9	359 612	13 789	3,8	309 022	18 150	5,9	287 797	19 836	6,9
Sonderschulen	19 783	251	1,3	19 472	435	2,2	18 094	539	3,0	16 814	666	4,0
Realschulen	63 556	403	0,6	68 686	560	0,8	68 924	752	1,1	67 969	846	1,2
Integrierte Gesamtschulen	1 713	-	-	2 360	47	2,0	2 904	52	1,8	3 012	62	2,1
Freie Waldorfschulen	-	-	-	-	-	-	270	10	3,7	341	11	3,2
Gymnasien	117 888	1 017	0,9	121 536	1 113	0,9	126 845	1 089	0,9	125 524	1 187	0,9
<u>Berufsbildende Schulen</u>	134 251	2 105	1,6	152 278	2 093	1,4	169 704	3 245	1,9	168 608	3 989	2,4
Berufsschulen	97 079	1 547	1,6	115 400	1 675	1,5	129 427	2 760	2,1	126 721	3 373	2,7
Berufsfachschulen	15 560	188	1,2	18 474	199	1,1	19 335	245	1,3	19 719	329	1,7
Berufsaufbauschulen	2 926	21	0,7	1 980	19	1,0	2 198	16	0,7	2 047	17	0,8
Fachoberschulen	4 788	36	0,8	2 329	25	1,1	3 129	25	0,8	3 538	22	0,6
Berufliche Gymnasien	1 859	18	1,0	1 863	18	1,0	2 160	27	1,3	2 236	39	1,7
Fachschulen	5 364	91	1,7	5 817	59	1,0	6 775	86	1,3	7 120	113	1,6
Schulen des Gesundheitswesens	6 111	201	3,3	6 088	97	1,6	6 344	81	1,3	6 890	94	1,4
Pflegevorschulen	564	3	0,5	327	1	0,3	336	5	1,5	337	2	0,6
Insgesamt	741 775	15 351	2,1	723 944	18 037	2,5	695 763	23 837	3,4	670 065	26 597	4,0

Schulabgänger aus	Ins-gesamt	Ohne Hauptschul-abschluß		Mit Hauptschul-abschluß		Mit S I-Abschluß		Mit Abitur	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Grund- und Hauptschulen	33 898	3 703	10,9	28 881	85,2	1 314	3,9	-	-
Ausländer	1 209	584	48,3	602	49,8	23	1,9	-	-
Deutsche	32 689	3 119	9,5	28 279	86,5	1 291	3,9	-	-
Sonderschulen	2 836	2 444	86,2	378	13,3	14	0,5	-	-
Ausländer	49	47	95,9	1	2,0	1	2,0	-	-
Deutsche	2 787	2 397	86,0	377	13,5	13	0,5	-	-
Realschulen	11 314	153	1,4	535	4,7	10 626	93,9	-	-
Ausländer	60	10	16,7	4	6,7	46	76,7	-	-
Deutsche	11 254	143	1,3	531	4,7	10 580	94,0	-	-
Gymnasien	13 788	158	1,1	439	3,2	2 416	17,5	10 775	78,1
Ausländer	77	9	11,7	9	11,7	19	24,7	40	51,9
Deutsche	13 711	149	1,1	430	3,1	2 397	17,5	10 735	78,3
Integrierte Gesamtschulen	445	11	2,5	136	30,6	228	51,2	70	15,7
Ausländer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutsche	445	11	2,5	136	30,6	228	51,2	70	15,7
Insgesamt	62 281	6 469	10,4	30 369	48,8	14 598	23,4	10 845	17,4
Ausländer	1 395	650	46,6	616	44,2	89	6,4	40	2,9
Deutsche	60 886	5 819	9,6	29 753	48,9	14 509	23,8	10 805	17,7
darunter									
ohne Sonderschulen	59 445	4 025	6,8	29 991	50,5	14 584	24,5	10 845	18,2
Ausländer	1 346	603	44,8	615	45,7	88	6,5	40	3,0
Deutsche	58 099	3 422	5,9	29 376	50,6	14 496	25,0	10 805	18,6

Von allen ausländischen Schülern in Rheinland-Pfalz hatte im Schuljahr 1981/82 jeder zweite die türkische Staatsangehörigkeit und jeder siebente die italienische. Noch 1976 hatten nur drei von zehn ausländischen Schülern türkische Eltern, jeder fünfte war Italiener. In den einzelnen Schularten verlief die Entwicklung zwischen 1978 und 1981 recht unterschiedlich. Am stärksten war der Anstieg an den Sonderschulen, wo bei sinkenden Gesamtschülerzahlen die Zahl ausländischer Schüler auf das Zweieinhalbfache anstieg. Deutlich war die Zunahme aber auch an Berufsschulen und an Realschulen, wo sich die Zahl ausländischer Schüler mehr als verdoppelte. An Gymnasien dagegen lag die Zunahme nur unwesentlich über der der Gesamtschülerzahl, der Anteil ausländischer Schüler blieb damit an diesen Schulen nahezu konstant.

Überdurchschnittlich stark erhöht hat sich die Zahl der türkischen Kinder an Sonderschulen, die sich von 1976 bis 1981 fast versechsfacht hat, aber auch an Realschulen und an Berufsschulen. Bei den italienischen Kindern und Jugendlichen war die Zunahme an Sonderschulen, Realschulen, Berufsschulen und Berufsfachschulen überdurchschnittlich hoch, bei den jugoslawischen vor allem an Realschulen und Berufsfachschulen.

Drei Viertel der ausländischen Schüler an Grund- und Hauptschulen

Von den insgesamt 26 600 ausländischen Schülern in Rheinland-Pfalz befanden sich im Schuljahr 1981/82 rund 19 800 an Grund- und Hauptschulen, 850 besuchten eine Realschule, 1 200 ein Gymnasium. Weitere 4 000 ausländische Schüler besuchten berufsbildende Schulen. Die Verteilung der ausländischen Schüler auf die einzelnen Schularten zeigt, daß das Bildungsverhalten der Ausländer vor allem auf Grundbildung und Berufsbildung ausgerichtet ist. Zum einen dürfte der Grund dafür in bestehenden Sprachschwierigkeiten

liegen, zum anderen aber auch darin, daß von ausländischen Schülern eine frühzeitige Erwerbstätigkeit angestrebt wird. Nicht zuletzt dürfte dies auch in den Bildungssystemen der Herkunftsländer begründet sein, in denen zum Teil nur eine vierjährige Schulbesuchspflicht besteht und in denen es eine berufliche Bildung entsprechend dem dualen Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland nicht gibt.

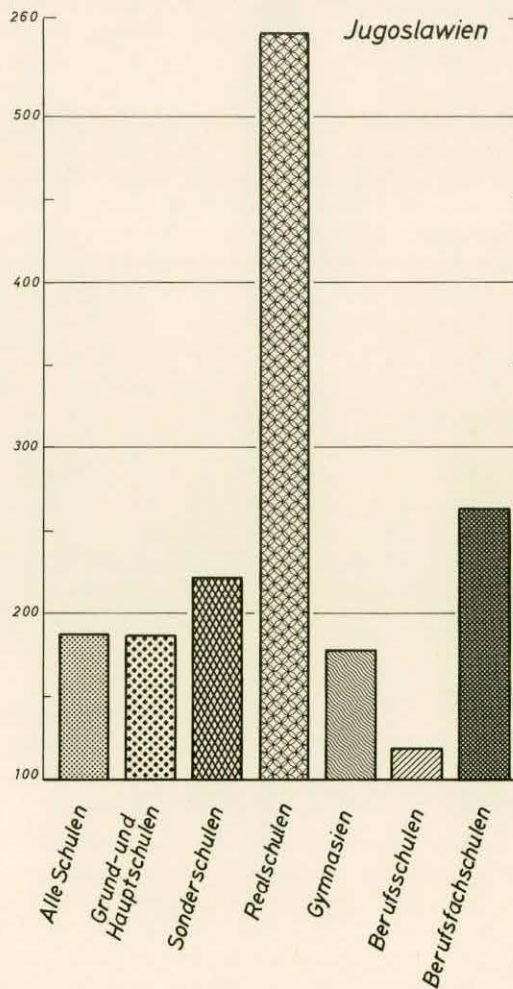
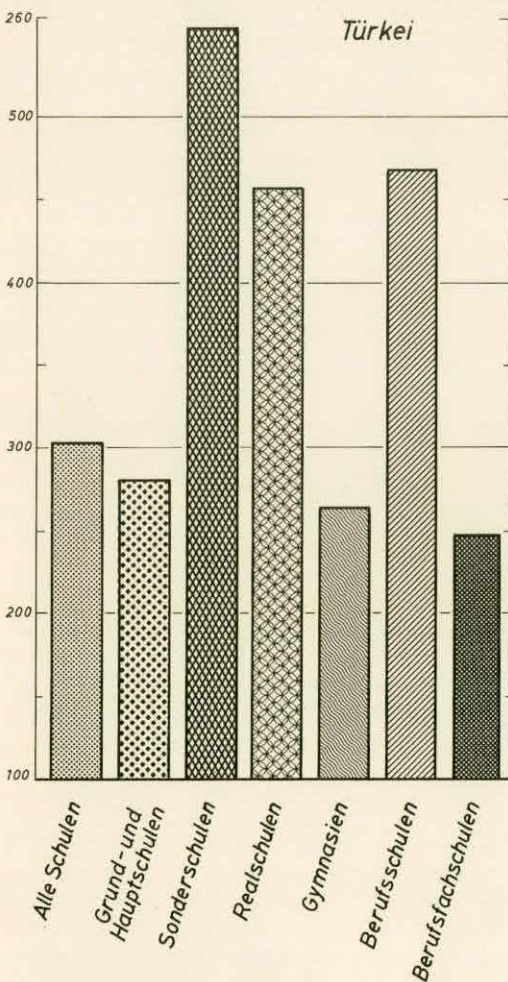
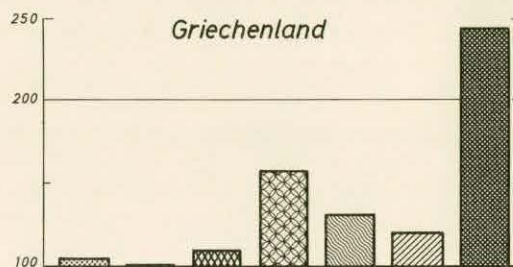
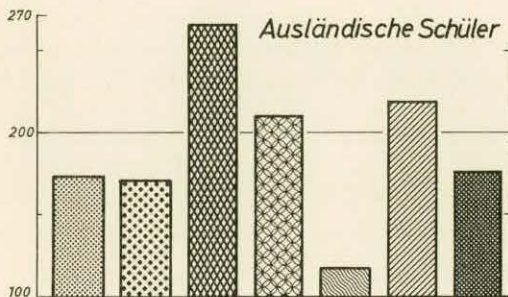
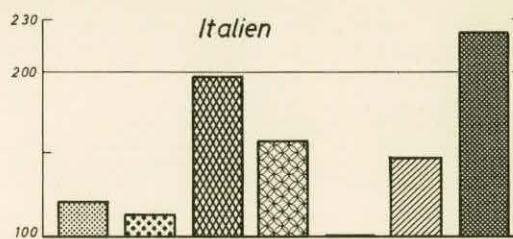
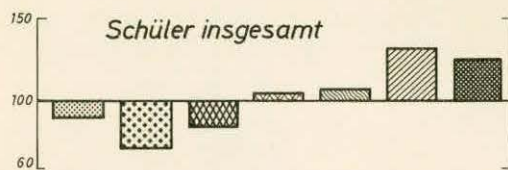
Der Anteil ausländischer Schüler stieg an Grund- und Hauptschulen von 3% im Schuljahr 1976/77 auf 7% im abgelaufenen Schuljahr 1981/82. Im Primarbereich hatten 7,4% aller Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit, im Sekundarbereich I 6,3%. Allein in der ersten Klassenstufe der Grund- und Hauptschulen war im vergangenen Schuljahr jeder elfte Schüler Ausländer.

Regional ist der Anteil ausländischer Schüler sehr unterschiedlich. So war 1981/82 in der Stadt Ludwigshafen bereits mehr als ein Viertel aller Grund- und Hauptschüler Ausländer, in der Stadt Frankenthal jeder fünfte und in den Städten Speyer, Worms und Kaiserslautern jeder achte. Auch im Landkreis Germersheim hatten zehn von 100 Schülern an Grund- und Hauptschulen ausländische Staatsangehörigkeit. Dagegen fielen im Regierungsbezirk Trier die ausländischen Schüler an dieser Schulart mit einem Anteil von 1,5% kaum ins Gewicht. Die niedrigste Quote hatte der Landkreis Cochem-Zell, wo nur 0,7% aller Schüler an Grund- und Hauptschulen Ausländer waren.

Die Verteilung der ausländischen Schüler an Grund- und Hauptschulen entspricht in etwa der an allen Schulen. Mehr als die Hälfte von ihnen waren türkischer Staatsangehörigkeit, jeder siebente war Italiener. Allerdings zeigen sich regional sehr starke Abweichungen von dieser Verteilung. In der Stadt Ludwigshafen war nur jeder dritte ausländische Schüler Kind türkischer Eltern, jeder vierte hatte italienische Eltern

Entwicklung der Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen 1976 - 1981

1976 = 100



Staats- angehörigkeit	Schuljahr											
	1978/79			1979/80			1980/81			1981/82		
	ins- gesamt		mit Ausbildungs- vertrag	ins- gesamt		mit Ausbildungs- vertrag	ins- gesamt		mit Ausbildungs- vertrag	ins- gesamt		mit Ausbildungs- vertrag
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Deutsch	113 725	94 378	83,0	123 797	104 790	84,6	126 667	109 959	86,8	123 348	108 396	87,9
Türkisch	661	182	27,5	897	228	25,4	1 518	372	24,5	2 017	517	25,6
Italienisch	396	166	41,9	414	194	46,9	458	240	52,4	477	279	58,5
Sonstige	618	386	62,5	681	454	66,7	784	512	65,3	879	610	69,4
Insgesamt	115 400	95 112	82,4	125 789	105 666	84,0	129 427	111 083	85,8	126 721	109 802	86,6

und jeder fünfte war griechischer Abstammung. In der Stadt Mainz lag der Anteil türkischer und italienischer Schüler mit 37 bzw. 34% nahezu gleich hoch.

Griechische Schüler vor allem in Ludwigshafen

In einigen Städten und Landkreisen läßt sich eine deutliche Konzentration von Schülern bestimmter Staatsangehörigkeit erkennen. So besuchten 1981/82 sechs von zehn griechischen Grund- und Hauptschülern des Landes eine Schule in der Stadt Ludwigshafen, jeweils ein Viertel aller italienischen Grund- und Hauptschüler konzentrierte sich auf die Städte Ludwigshafen und Mainz und vier von zehn portugiesischen Grund- und Hauptschülern wurden an einer Schule in der Stadt Kaiserslautern unterrichtet, während sich immerhin noch knapp ein Drittel der jugoslawischen Schüler auf die Städte Ludwigshafen und Mainz konzentrierte. Dagegen verteilten sich die Grund- und Hauptschüler türkischer Abstammung wesentlich mehr. Nur jeder zehnte ging in Ludwigshafen zur Schule, jeder 14. besuchte eine Grund- und Hauptschule im Westerwaldkreis, im Landkreis Germersheim, in der Stadt Mainz oder im Landkreis Bad Kreuznach.

Jeder fünfte ausländische Grund- und Hauptschüler in Rheinland-Pfalz wurde im Schuljahr 1981/82 in einer Vorbereitungsklasse für ausländische Schüler unterrichtet, also in einer Klasse, in der ausschließlich ausländische Schüler zusammengefaßt sind. Solche Klassen sind vor allem in Ludwigshafen eingerichtet, wo fast die Hälfte aller ausländischen Schüler eine solche Klasse besuchte, aber auch in den Städten Mainz (39% aller ausländischen Schüler), Frankenthal (33%), Worms (28%) und Kaiserslautern (24%).

Von den ausländischen Schülern an Grund- und Hauptschulen besuchen 7% öffentliche Schulen, nur 2,7% private Schulen. 28% der ausländischen Schüler an privaten Schulen waren Italiener und 21% Jugoslawen. Die Schüler aus den übrigen Ländern fielen an den privaten Schulen nicht ins Gewicht.

Sprach- und sicherlich auch Anpassungsschwierigkeiten der ausländischen Schüler führen dazu, daß die Erfolgsquoten für diese Schüler geringer sind als bei den übrigen Schülern. So mußte im Schuljahr 1981/82 nur jeder 55. Schüler an einer Grund- und Hauptschule eine Klasse wiederholen. Bei den Ausländern war es jeder 19. Die höchste Wiederholerquote für ausländische Schüler war mit über 9% im Landkreis

Germersheim zu verzeichnen (Schüler insgesamt 2%), aber auch in den Landkreisen Bad Dürkheim und Alzey-Worms lag sie mit jeweils 8% (Gesamt 2,2 bzw. 1,8%) sehr hoch. Die niedrigste Quote für ausländische Schüler wurde im Landkreis Birkenfeld mit 1,8% erreicht (Gesamt 1,4%).

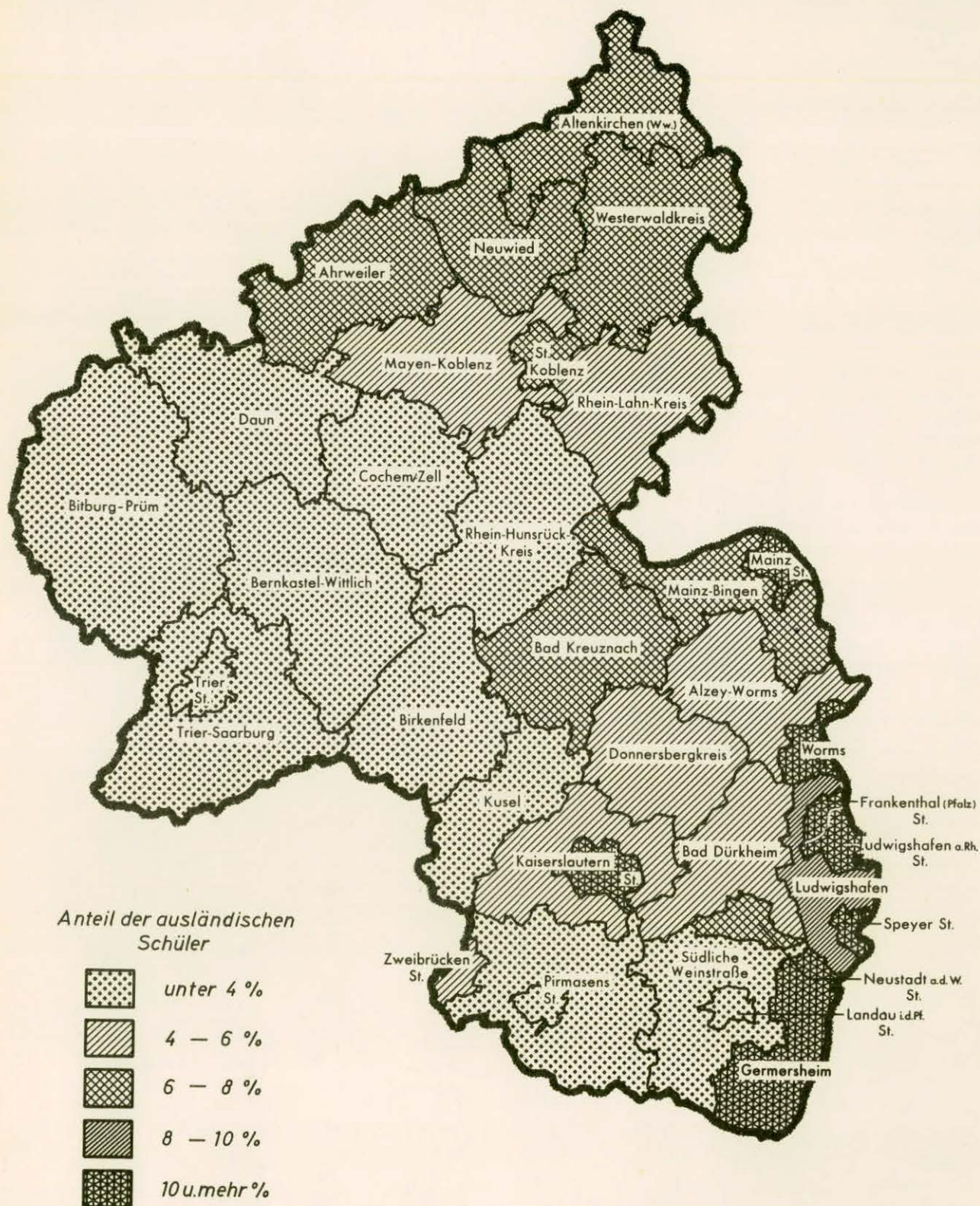
Mehr Ausländerkinder auch an Realschulen

Die aus den hohen Wiederholungsquoten erkennbaren Schulschwierigkeiten der ausländischen Schüler zeigen sich auch deutlich an der hohen Zunahme der Zahl ausländischer Schüler an Sonderschulen. Im Schuljahr 1976/77 waren 1,3% aller Sonderschüler keine Deutschen, 1981/82 4%. Dabei hatte im vergangenen Schuljahr jeder zweite ausländische Sonderschüler die türkische Staatsangehörigkeit (1976/77 jeder vierte) und jeder vierte die italienische. Gerade bei türkischen und italienischen Sonderschülern stieg die absolute Zahl wesentlich stärker als die Zahl ausländischer Schüler insgesamt.

Vollkommen anders lagen die Zuwachsraten bei den ausländischen Schülern an Realschulen und Gymnasien. An den Realschulen des Landes waren im Schuljahr 1976/77 nur 400 von 63 500 Schülern Ausländer (0,6%), bis zum Schuljahr 1981/82 stieg der Anteil auf 850 von 68 000 (1,2%). Ihre Zahl hat sich an diesen Schulen also etwas mehr als verdoppelt. Auffallend ist dabei vor allem die starke Zunahme der Zahl jugoslawischer Schüler an Realschulen, sie hat sich von 1976 bis 1981 fast versechsfacht. Der Anteil der jugoslawischen Schüler an der Gruppe der ausländischen Schüler ist in diesem Zeitraum doppelt so stark angestiegen wie der Anteil der jugoslawischen Schüler an der Gesamtzahl der Ausländer im Schulbereich. Aber auch bei den türkischen Schülern ist der Anstieg von 1976 bis 1981 auf das Viereinhalbfache sehr deutlich. Damit war im Schuljahr 1981/82 fast jeder dritte ausländische Realschüler Türke (1976/77: 13%) und jeweils jeder siebente Italiener oder Jugoslawe.

Offensichtlich werden nun auch langsam die weiterführenden Schulen von ausländischen Schülern angenommen. Mit steigender Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Heranwachsen der zweiten Generation ausländischer Mitbürger dürfte die Zahl der ausländischen Schüler an diesen Schulen noch anwachsen - allerdings wohl nicht in der gleichen Geschwindigkeit wie an Grund- und Hauptschulen.

Ausländische Grund-und Hauptschüler im Schuljahr 1981/82



Berichtsmerkmal	Einheit	Insgesamt	Deutsche	Ausländer										
				zusammen	Frankreich	Griechenland	Italien	Jugoslawien	Spanien	Portugal	Türkei	Beneluxländer	Sonstige	Staatenlose
Schüler im Berufs-/Sonderberufsgrundschuljahr	Anzahl %	7 601 6,0	6 999 5,7	602 17,9	10 19,2	16 12,0	43 9,0	13 10,9	15 13,0	14 15,7	434 21,5	4 10,0	51 15,7	2 33,3
Schüler mit Ausbildungsvertrag	Anzahl %	109 802 86,6	108 396 87,9	1 406 41,7	38 73,1	90 67,7	279 58,5	82 68,9	74 64,3	50 56,2	517 25,6	35 87,5	237 72,9	4 66,7
Schüler ohne Ausbildungsvertrag ¹⁾	Anzahl %	5 463 4,3	5 017 4,1	446 13,2	- -	15 11,3	79 16,6	9 7,6	12 10,5	9 10,1	314 15,5	- -	8 2,5	- -
Nichtbeschäftigte	Anzahl %	3 855 3,0	2 936 2,4	919 27,2	4 7,4	12 9,0	76 15,9	15 12,6	14 12,2	16 18,0	752 37,3	1 2,5	29 8,9	- -
Insgesamt	Anzahl %	126 721 100,0	123 348 100,0	3 373 100,0	52 100,0	133 100,0	477 100,0	119 100,0	115 100,0	89 100,0	2 017 100,0	40 100,0	325 100,0	6 100,0

1) Schüler in einem Beschäftigungsverhältnis ohne Ausbildungsvertrag (einschl. Praktikanten) und Mithelfende im elterlichen Betrieb oder Haushalt.

An den Gymnasien ist die Zahl der ausländischen Schüler zwischen 1976 und 1981 fast konstant geblieben, lediglich die Anteile der einzelnen Staatsangehörigkeiten verschoben sich etwas. Im Schuljahr 1981/82 war jeder fünfte ausländische Schüler an einem Gymnasium Türke (1976/77: 9%) und jeder zwölfte Jugoslawe (1976/77: 6%). Der Anteil der jugoslawischen Schüler an der Gesamtzahl ausländischer Gymnasiasten ist damit wiederum stärker angestiegen als der Anteil jugoslawischer Schüler an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler an allen Schulen.

Sehr hoch ist an den Gymnasien die Zahl der Schüler aus Nicht-Anwerbeländern, also aus den Staaten, aus denen in der Regel keine Gastarbeiter kommen. Mit fast 50% liegt er an den Gymnasien von allen allgemeinbildenden Schulen am höchsten.

Türken am häufigsten ohne Schulabschluß

Zwischen deutschen und ausländischen Schülern bestehen gravierende Unterschiede hinsichtlich ihres Schulerfolgs. Zum Ende des Schuljahres 1980/81 verließen 62 300 Schüler die allgemeinbildenden Schulen, 2% davon Ausländer. Während von allen deutschen Schülern (einschließlich der Schulabgänger aus Sonderschulen) nur 9,6% die Schulen ohne Hauptschulabschluß verließen, waren es bei den ausländischen Schülern 46,6%. Mit Hauptschulabschluß wurden 49% der deutschen Schulabgänger, aber nur 44% der ausländischen Schulabgänger entlassen. Jeder vierte deutsche Schüler hatte beim Verlassen der Schule einen qualifizierten Sekundarabschluß I erreicht, von den ausländischen Schülern nur jeder 16. Und während immerhin noch jeder sechste deutsche Schulabgänger das Abitur machte, war es bei den ausländischen Abgängern nur jeder 35.

Hier dürfte sich mit wachsender Dauer des Schulbesuchs und weiteren Bemühungen um die Ausbildung der Ausländerkinder allmählich eine Verbesserung ergeben. Allein in den drei Jahren, für die Angaben über die Schulentlassung ausländischer Schüler vorliegen, hat der Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß um 3 Prozentpunkte abgenommen

(Deutsche — 1,4%). Der Anteil der ausländischen Schulabgänger mit Hauptschulabschluß hat sich um 3 Prozentpunkte verbessert (Deutsche — 3,8%) und auch der Anteil der Abiturienten an den ausländischen Schülern hat sich geringfügig erhöht.

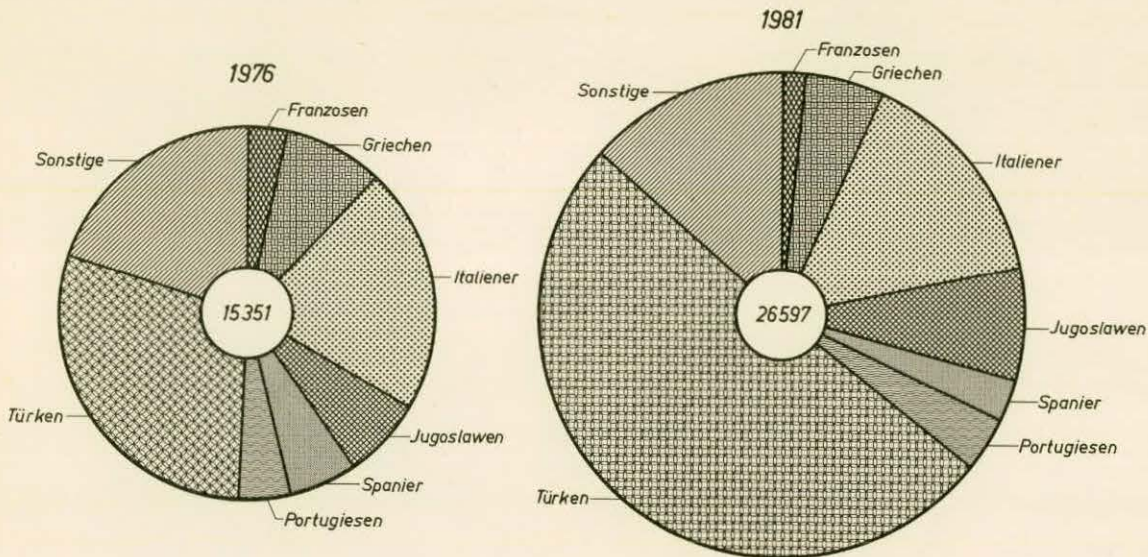
Die Unterschiede hängen auch beim Schulerfolg von der Staatsangehörigkeit ab. Der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluß war 1981 bei den türkischen Schülern mit 63% am höchsten (1979: 71%), am niedrigsten lag er bei Schülern aus Spanien (19%), Griechenland und Jugoslawien (je 21%), deren Schulentlassungszahlen jedoch sehr niedrig sind. Mit Hauptschulabschluß verließen drei Viertel der griechischen und jeder zweite der italienischen Schulabgänger 1981 den Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Von den türkischen Schülern hat nur jeder dritte diesen Abschluß erreicht.

42% mit Ausbildungsvertrag

Im Bereich der berufsbildenden Schulen stellen die ausländischen Schüler an den Berufsschulen einen größeren Anteil. Er lag im Schuljahr 1981/82 bei 2,7%, 3 370 von 126 700 Berufsschülern hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit hat sich die Zahl der ausländischen Schüler an Berufsschulen seit 1976 mehr als verdoppelt. Damals hatten 1 550 der 97 080 (1,6%) Berufsschüler eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Schuljahr 1981/82 waren sechs von zehn ausländischen Berufsschülern Türken, 14% Italiener. Bei den übrigen Staatsangehörigkeiten lag der Anteil jeweils unter 10%.

Von den ausländischen Schülern an Berufsschulen hatten im Schuljahr 1981/82 nur 42% einen Ausbildungsvertrag (Deutsche 88%), 13% arbeiteten als Ungelernte (Deutsche 4%). Jeder vierte ausländische Berufsschüler war arbeitslos, während bei den deutschen Berufsschülern nur jeder 42. ohne Beschäftigung war. Ihre oft unzureichende schulische Bildung suchten viele ausländische Jugendliche offensichtlich in einem Berufs- oder Sonderberufsgrundschuljahr nachzuholen. Im Schuljahr 1981/82 besuchten 18% aller ausländischen Berufsschüler (Deutsche 6%) ein solches Berufsgrundschuljahr.

Ausländische Schüler nach Staatsangehörigkeit 1976 – 1981



86/82

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Offensichtlich haben türkische Jugendliche die größten Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Von den türkischen Schülern an Berufsschulen hatten nur 26% einen Ausbildungsvertrag, aber 37% waren Nichtbeschäftigte und 15% arbeiteten als Ungelernte. 22% der türkischen Berufsschüler besuchten ein Berufsgrundschuljahr.

Der Anteil der ausländischen Schüler an Berufsschulen lag im Schuljahr 1981/82 zwar bei 2,7%, doch der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Zahl der Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag betrug nur 1,3%; insgesamt handelt es sich hierbei um 1 400 Schüler.

Die von diesen Schülern am häufigsten gewählten Berufe sind Kraftfahrzeugmechaniker und Friseur bzw. Friseurin (je 170 Schüler), Elektroinstallateur (85 Schüler), Verkäufer bzw. Verkäuferin (68), Gas- und Wasserinstallateur (57), Maurer (51), Bauschlosser (45), Maler und Lackierer (40). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Berufe, die auch von deutschen Schülern am stärksten besetzt sind. Die Berufsziele deutscher und ausländischer Schüler mit Ausbildungsvertrag weichen offensichtlich nur unwesentlich voneinander ab.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1981

Aufgrund des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909) werden jährlich Haushaltsbefragungen im Bundesgebiet durchgeführt, in die 1% aller Haushalte einzubeziehen sind.

Die Befragungsergebnisse dieser Stichprobe werden hochgerechnet und auf volle Tausend auf- bzw. abgerundet. In den Tabellen dieses Beitrags sind Zahlenwerte, die zwischen 5 000 und 10 000 (50 bis 100 Fälle in der Stichprobe) liegen, in Klammern gesetzt, weil ihr Aussagewert nicht voll gesichert ist. Darunter liegende Werte (weniger als 50 in der Stichprobe erfaßte Fälle) sind ausgepunktet.

Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung liegt bei 45%

Anfang Mai 1981 waren von den 3,642 Mill. Personen der Wohnbevölkerung 1,646 Mill. Erwerbspersonen. Die sich ergebende Erwerbsquote von 45% liegt um einen Prozentpunkt über dem Ergebnis des Jahres 1980. Von den Erwerbspersonen gehörten 1,586 Mill. (96%) zur Gruppe der Erwerbstätigen. Darunter werden nach dem Erhebungskonzept des Mikrozensus alle Personen verstanden, die aktiv am Erwerbsleben teilnehmen. Ohne Bedeutung ist dabei, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt wird bzw. ob sie zum Lebensunterhalt beiträgt. Zu den erwerbslosen Personen waren rund 59 500 Menschen zu rech-

Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht 1979 - 1981

Geschlecht	1979		1980		1981		Veränderung			
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung	Anzahl	% der Wohnbevölkerung	Anzahl	% der Wohnbevölkerung	1981 zu 1979		1981 zu 1980	
							Anzahl	%	Anzahl	%
Wohnbevölkerung										
Männlich	1 731,4	-	1 737,1	-	1 741,0	-	9,6	0,6	3,9	0,2
Weiblich	1 898,6	-	1 899,2	-	1 901,1	-	2,5	0,1	1,9	0,1
Insgesamt	3 630,0	-	3 636,3	-	3 642,1	-	12,1	0,3	5,8	0,2
Erwerbstätige										
Männlich	999,1	57,7	1 015,5	58,5	1 015,0	58,3	15,9	1,6	- 0,5	- 0,0
Weiblich	553,9	29,2	556,0	29,3	571,0	30,0	17,1	3,1	15,0	2,7
Zusammen	1 553,0	42,8	1 571,5	43,2	1 586,0	43,5	33,0	2,1	14,5	0,9
Nichterwerbstätige										
Männlich	732,3	42,3	721,6	41,5	726,0	41,7	- 6,3	- 0,9	4,4	0,6
Weiblich	1 344,7	70,8	1 343,2	70,7	1 330,1	70,0	- 14,6	- 1,1	- 13,1	- 1,0
Zusammen	2 077,0	57,2	2 064,8	56,8	2 056,1	56,5	- 20,9	- 1,0	- 8,7	- 0,4

nen. Das bedeutet gegenüber 1980, als es noch 40 700 Personen waren, eine Steigerung um 46%.

Von den Erwerbspersonen waren 1,043 Mill. oder 63% Männer und 602 700 Frauen, von denen 360 000 (60%) verheiratet waren. Die entsprechenden Erwerbsquoten liegen für Männer bei 60% (1980: 60%) und für Frauen bei 32% (1980: 30%). Bei den verheirateten Frauen stieg die Erwerbsquote von 37% im Jahre 1980 auf über 38% im Jahre 1981. Vor zehn

Jahren hatten Männer noch eine Erwerbsquote von 56%, verheiratete Frauen eine solche von 35%. In absoluten Zahlen bedeutet letzteres, daß heute 43 000 verheiratete Frauen mehr arbeiten als 1971.

Unterscheidet man nun bei den Erwerbsquoten nach Altersgruppen, dann zeigt die Befragung gegenüber 1980 eine Abnahme der Beteiligung am Erwerbsleben in der Gruppe der 15 bis 20 Jahre alten Männer auf 56% (1980: 61%). Bei den Frauen dieser Altersgruppe

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und Geschlecht 1981

Stellung im Beruf	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschaftsbereiche
Insgesamt					
Selbständige	142,6	39,5	28,8	32,0	42,3
Mithelfende Familienangehörige	62,8	45,7	(5,3)	(5,5)	(6,3)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	721,2	(.)	190,2	160,7	366,5
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	659,4	14,3	464,0	73,3	107,8
Insgesamt	1 586,0	103,3	688,3	271,5	522,9
%	100,0	6,5	43,4	17,1	33,0
Männlich					
Selbständige	112,2	34,8	27,2	22,0	28,2
Mithelfende Familienangehörige	(5,9)	(.)	(.)	(.)	(.)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	400,9	(.)	131,0	72,5	195,7
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	496,0	10,9	384,3	52,9	47,9
Zusammen	1 015,0	51,4	543,0	148,2	272,4
%	100,0	5,1	53,5	14,6	26,8
Weiblich					
Selbständige	30,4	(.)	(.)	10,0	14,1
Mithelfende Familienangehörige	56,9	41,7	(.)	(.)	(5,7)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	320,3	(.)	59,2	88,2	170,8
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	163,4	(.)	79,7	20,4	59,9
Zusammen	571,0	51,9	145,3	123,3	250,5
%	100,0	9,1	25,4	21,6	43,9

nahmen noch 46% am Erwerbsleben teil, gegenüber 47% im Mai des Vorjahres. Mit zunehmendem Alter der Männer steigt deren Erwerbsquote stetig an, bis sie in der Gruppe der 30- bis 45jährigen mit 98% ihren Höhepunkt erreicht. Danach geht sie wegen des zunehmenden Ausscheidens von Männern aus dem Erwerbsleben wieder zurück. Ursachen sind in erster Linie Krankheit und Invalidität. Bei den Frauen erreicht die Erwerbsquote bereits in der Gruppe der 20- bis 25jährigen mit 73% ihren Höhepunkt. Hier führt das nach diesem Alter vermehrte Ausscheiden der verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben zu einer starken Abnahme der Erwerbsquote. Die ledigen Frauen haben eine etwa parallel zur männlichen verlaufende altersspezifische Erwerbsquote.

36% der Erwerbstätigen sind Angestellte

Von den Erwerbstätigen gaben 142 600 Personen an, als Selbständige zu arbeiten. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 9%, bei den Männern von 11% und bei den Frauen von 5%. Stark abweichend sind erwartungsgemäß auch die Anteilswerte der mithelfenden Familienangehörigen beider Geschlechter. Von den männlichen Erwerbstätigen gehörten 1%, von den weiblichen 10% zu dieser Gruppe. Im Vergleich mit früheren Jahren ist sowohl die Zahl als auch der Prozentsatz der im Familienbetrieb Mitarbeitenden rückläufig.

Arbeiter waren 659 400 Erwerbstätige, das entspricht einem Anteil von 42%. Im Jahre 1980 waren es 656 700 Personen, vor zehn Jahren noch 676 100 (44%). Bei den Männern waren 49%, bei den Frauen 29% als Arbeiter beschäftigt. Als Angestellte wurden 1981 572 200, zehn Jahre zuvor 413 700 gezählt. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen stieg in diesem Zeitraum von 27 auf 36%. Von den männlichen Erwerbstätigen standen 1981 27%, von den weiblichen 52% in einem Angestelltenverhältnis. Beamte waren 149 000 (9%) der Beschäftigten.

Bereits 33% der Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungsbereich

Innerhalb der vier Wirtschaftsbereiche hat es in den letzten Jahren deutliche Verschiebungen gegeben. Während im April 1971 noch 183 800 Personen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft der Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es im Mai 1981 noch 103 300. Damit sank der Anteil der hier Beschäftigten von 12% auf 7%. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe lag 1981 mit 688 300 Personen um rund 4 600 höher als 1971. Der Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ging aber in diesem Zeitraum von 45% auf 43% zurück. Obwohl im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr 1981 rund 15 600 Personen mehr beschäftigt waren als 1971, blieb der Anteil mit 17% konstant, da in diesem Zeitraum die Gesamtzahl der Erwerbstätigen entsprechend zugenommen hat. Demgegenüber waren 1981 im Bereich der Dienstleistungen 123 700 Erwerbstätige mehr beschäftigt als zehn Jahre zuvor, wodurch der Anteil an der Gesamtzahl von 26% auf 33% stieg.

Wohnbevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt
im Mai 1981

Überwiegender Lebensunterhalt	Ins- gesamt	Männer	Frauen
1 000			
Erwerbstätige			
Erwerbstätigkeit	1 452	973	480
Arbeitslosengeld/-hilfe	(.)	-	(.)
Rente 1)	22	12	(9)
Angehörige	112	30	82
Insgesamt	1 586	1 015	571
%	100,0	64,0	36,0
Erwerbslose			
Arbeitslosengeld/-hilfe	34	18	16
Rente 1)	(7)	(.)	(.)
Angehörige	19	(6)	13
Insgesamt	60	28	32
%	100,0	47,0	53,0
Nichterwerbspersonen			
Rente 1)	645	284	361
Angehörige	1 352	415	937
Insgesamt	1 997	698	1 298
%	100,0	35,0	65,0

1) einschl. eigenem Vermögen, Zinsen, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.

40% der Bevölkerung erzielen ihren Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit

Von den 1,586 Mill. Erwerbstätigen lebten 1,452 Mill. oder 92% überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit, 1% überwiegend von Renten und 7% von ihren Angehörigen. Im April 1971 lebten erst 89% der Erwerbstätigen überwiegend aus ihrer Erwerbstätigkeit, 8% noch von ihren Angehörigen. Von den erwerbstätigen Männern bezogen 96% (1971: 93%) ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dieser Erwerbstätigkeit, von den erwerbstätigen Frauen 84% (1971: 83%). Der Grund dafür, daß 14% der Frauen trotz Erwerbstätigkeit überwiegend von ihren Angehörigen, im Normalfall also vom Ehemann, ihren Lebensunterhalt haben, ist in der stärker verbreiteten Teilzeitarbeit zu finden, die zwar zum Familieneinkommen beiträgt, aber weniger ins Gewicht fällt.

Bei den Nichterwerbspersonen, zu denen auch 635 500 Kinder unter 15 Jahren gehörten, waren 1981 nur 35% Männer, aber 65% Frauen. In der Befragung 1971 waren es 36% bzw. 64%. Von den rund 698 200 männlichen Nichterwerbspersonen - nicht ganz die Hälfte (46%) waren Kinder - bestritten 1981 etwa 41% ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Renten, der Rest lebte von dem Einkommen der Angehörigen. Dagegen hatten 1971 erst 31% dieser Gruppe den überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten bezogen. Ein anderes Bild zeigt sich bei den 1,298 Mill. weiblichen Nichterwerbspersonen, von denen 24% Kinder waren. Hier bestritten 1981 nur 28% (1971: 22%) ihren Lebensunterhalt durch Renten. Daß etwa

drei Viertel der nicht erwerbstätigen Frauen überwiegend von ihren Angehörigen versorgt werden, liegt außer an den unter 15 Jahre alten Kindern, die vorwiegend zu dieser Gruppe gerechnet werden müssen, in erster Linie an der hohen Zahl von sogenannten Nur-Hausfrauen. Der Anteil der verheirateten weiblichen

Nichterwerbspersonen an den gesamten weiblichen Nichterwerbspersonen betrug 45%, an der gesamten Wohnbevölkerung 16%. Hier hat sich auch gegenüber dem Jahr 1971 keine nennenswerte Veränderung ergeben.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Personal an Hochschulen 1981

Rechtsgrundlage zur statistischen Erfassung des Hochschulpersonals ist das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen¹⁾. Danach werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, erfaßt. Im Rahmen der jährlichen Meldungen der Hochschulverwaltungen (Kollektiverhebung) erfolgen seit 1972 zum Stichtag 2. Oktober Angaben über das wissenschaftliche und künstlerische Personal sowie über das Verwaltungs-, technische und sonstige Personal. Im Abstand von sechs Jahren wird beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Hochschulen eine Individualerhebung durchgeführt.

Im Jahre 1980 ist das Erhebungsprogramm überarbeitet worden, weil sich nach Anpassung der Landeshochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz Änderungen ergaben. Das Programm sieht vor, daß die Daten nach den kleinsten organisatorischen Einheiten der Hochschulen (einschließlich des Klinikbereichs) erfaßt werden, für die Angaben über Personal und Stellen gemacht werden können, um eine Darstellung der Ergebnisse nach Fachgebieten zu ermöglichen.

¹⁾ Hochschulstatistikgesetz - HStatG in der Fassung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453 ff.).

Kleinste institutionelle Einheiten können je nach der Organisationsstruktur der Hochschulen sowohl Lehrstühle, Seminare und Institute als auch Fachbereiche, Abteilungen bzw. zentrale Einrichtungen sein. Die Hochschule füllt für jede dieser Einheiten einen Erhebungsbogen aus.

Über 11 700 Personen an Hochschulen beschäftigt

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz waren am 2. Oktober 1981 insgesamt 11 704 Personen beschäftigt. Davon zählten 5 212 (45%) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 6 492 (55%) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Maßgeblich für die Zuordnung ist nicht die wissenschaftliche Qualifikation, sondern die Art der Tätigkeit. Der wissenschaftliche Bereich umfaßt die Personen, die in Forschung und Lehre tätig sind, der nichtwissenschaftliche Bereich diejenigen in Verwaltung, Bibliothek oder technischen Einrichtungen sowie die Arbeiter, Auszubildenden und das Pflegepersonal an der Universitätsklinik. An den Universitäten und der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer liegt der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit 38% unter dem Durchschnitt. Da-

Personal an Hochschulen nach Art der Tätigkeit am 2. Oktober 1981

Hochschule	Ins- gesamt		Teil- zeit- be- schäf- tigte	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal			Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal		
				zu- sammen	haupt- be- ruflich	neben- be- ruflich	zu- sammen	haupt- be- ruflich	neben- be- ruflich
	Anzahl	%		Anzahl					
Universitäten	9 464	80,9	932	3 629	2 632	997	5 835	5 830	5
Johannes Gutenberg-Universität, Mainz	7 361	62,9	647	2 511	1 806	705	4 850	4 847	3
Universität Kaiserslautern	1 056	9,0	132	572	443	129	484	484	-
Universität Trier	833	7,1	123	420	331	89	413	413	-
Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	214	1,8	30	126	52	74	88	86	2
Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz	584	5,0	75	406	257	149	178	178	-
Theologische Hochschulen	83	0,7	9	63	39	24	20	20	-
Theologische Fakultät Trier	52	0,4	8	35	25	10	17	17	-
Theologische Hochschule Vallendar	31	0,3	1	28	14	14	3	3	-
Fachhochschulen	1 573	13,4	86	1 114	628	486	459	457	2
Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz	1 306	11,2	80	927	559	368	379	379	-
Fachhochschule der Pfälzischen Landes- kirche, Ludwigshafen	52	0,4	4	39	14	25	13	13	-
Katholische Fachhochschule, Mainz	89	0,8	2	74	25	49	15	13	2
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Eisenbahn- wesen, Mainz	65	0,6	-	18	18	-	47	47	-
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	61	0,5	-	56	12	44	5	5	-
I n s g e s a m t	11 704	100,0	1 102	5 212	3 556	1 656	6 492	6 485	7

gegen ist dieser Personenkreis an den theologischen Hochschulen (76%), Fachhochschulen (71%) und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule (70%) überdurchschnittlich vertreten.

Von den insgesamt 11 704 Beschäftigten waren 10 041 Personen (86%) hauptberuflich und 1 663 Personen (14%) nebenberuflich tätig. Zum nebenberuflichen Personal gehören neben den Lehrbeauftragten, die mit 1 273 Personen (77%) die stärkste Gruppe bilden, die Emeriti, Gast-, Honorar- und außerplanmäßigen Professoren, die wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Abschlußprüfung sowie die zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal zählenden sonstigen Hilfskräfte. Die tatsächliche Zahl der Lehrbeauftragten dürfte noch wesentlich höher liegen, da an einigen Hochschulen das Wintersemester Mitte Oktober beginnt und ein Teil der Lehraufträge erst dann erteilt wird. Diese konnten in der Personalerhebung zum 2. Oktober nicht mehr erfaßt werden.

63% des Personals an der Universität Mainz tätig

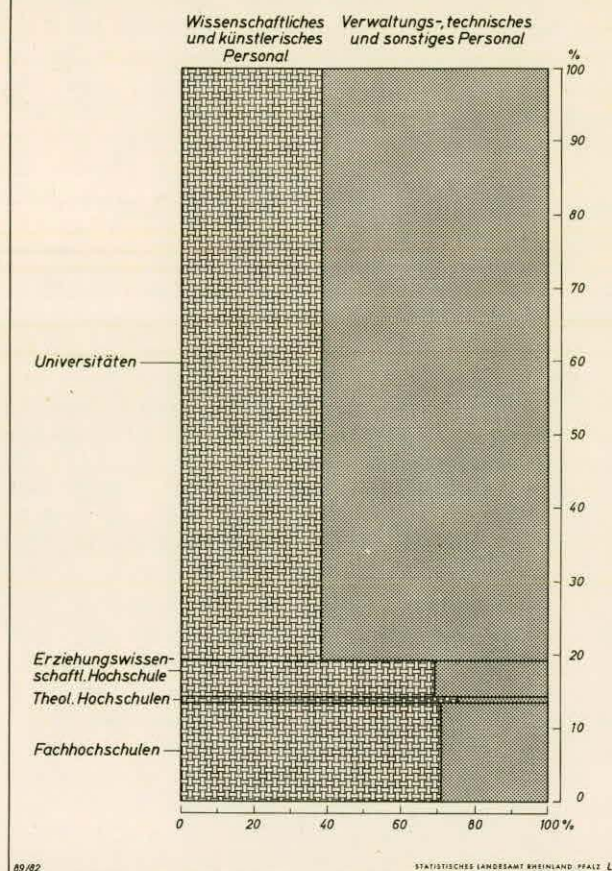
Der überwiegende Teil des Hochschulpersonals war an einer der drei Universitäten des Landes beschäftigt. Hier wurden vier Fünftel aller Beschäftigten gezählt. An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz einschließlich des Klinikums waren 63% des gesamten Hochschulpersonals tätig. Auf die Fachhochschulen entfielen 13,4%, die Erziehungswissenschaftliche Hochschule 5% und auf theologische Hochschulen 0,7%.

Im Jahre 1981 waren von den 5 212 im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich Beschäftigten 3 556 Personen (68%) hauptberuflich tätig. Innerhalb der einzelnen Hochschularten ergaben sich jedoch bemerkenswerte Unterschiede. Während der Anteil der hauptberuflichen Wissenschaftler an der Gesamtzahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Universitäten mit 73% überdurchschnittlich hoch lag, betrug er an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule 63%, an den theologischen Hochschulen 62% und an den Fachhochschulen 56%. Der Anteil des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Fachhochschulen ist deshalb niedriger, weil aufgrund der Praxisbezogenheit ein Teil der Lehrtätigkeit durch Lehrbeauftragte aus Industrie und Verwaltung wahrgenommen wird. Der Anteil der gegebenen Stunden von Lehrbeauftragten ist allerdings geringer. An den theologischen Hochschulen wird ein großer Teil des Lehrkörpers durch Emeriti, Gast- und Honorarprofessoren gestellt. Dieser Gruppe gehörten 1981 drei von zehn wissenschaftlichen Mitarbeitern an.

Neue Personalstruktur nach dem Hochschulrahmengesetz

Die Kategorien des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sind neu gegliedert worden. Das Hochschulrahmengesetz von 1976 unterscheidet zwischen Professoren, Hochschulassistenten, wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Nachdem die einzelnen Landeshochschulgesetze den Neuerungen angepaßt worden sind, konnte auch die Umstellung für die statistische Erfassung im Jahre 1980 vorgenommen werden.

Personal an Hochschulen nach Hochschularten 1981



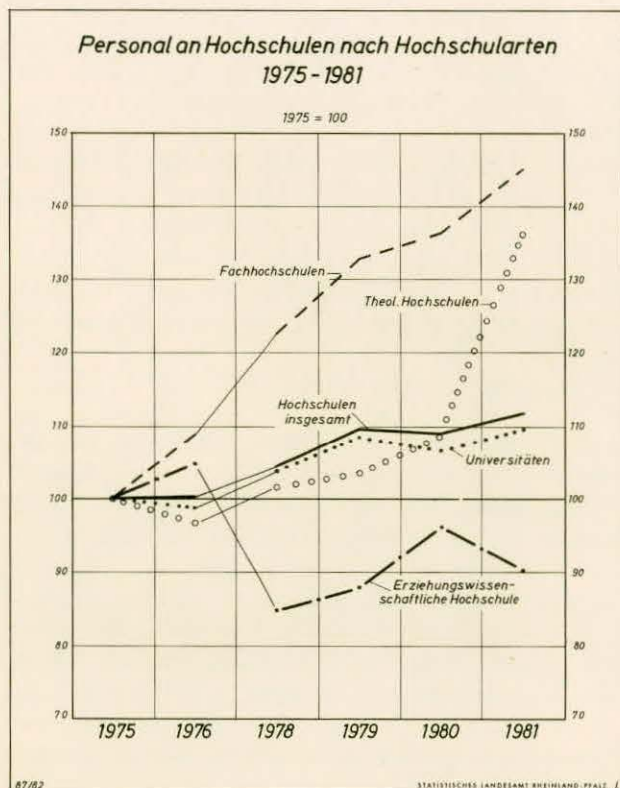
Professoren nehmen die Aufgaben in Wissenschaft und Kunst, Forschung und Lehre in ihren Fächern selbständig wahr. Sie können zu Beamten auf Lebenszeit oder auf Zeit ernannt werden. Art und Umfang der Aufgaben richten sich nach der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung der Stelle. Erfaßt wurden als Professoren alle in die Besoldungsgruppen C 2 bis C 4 übergeleiteten Professoren und Oberärzte sowie die in der früher maßgeblichen Besoldungsgruppe H 1 eingestuft und noch nicht übergeleiteten Assistenzprofessoren und Oberärzte. Hochschulassistenten, welche die für eine Habilitation erforderlichen oder gleichwertigen wissenschaftlichen Leistungen erbringen, werden als Beamte auf Zeit für die Dauer von drei Jahren beschäftigt und in die Besoldungsgruppe C 1 eingestuft.

Die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, denen in den Fachbereichen und wissenschaftlichen Einrichtungen die Vermittlung von Fachwissen und praktischen Fertigkeiten obliegt, sind als Akademische Räte oder vergleichbare Angestellte tätig. Hauptberuflich an der Hochschule tätige Personen mit ärztlichen und zahnärztlichen Aufgaben, die weder Professor noch Hochschulassistent sind, werden in der Regel den wissenschaftlichen Mitarbeitern gleichgestellt, zu denen auch die nicht übergeleiteten Oberassistenten, Obergeringiere und wissenschaftlichen Assistenten zählen.

Praxisbezogene Lehrtätigkeiten können hauptberuflich tätigen Lehrkräften für besondere Aufgaben übertragen werden. Solche Lehrkräfte sind, soweit sie nicht befristet oder auf Dauer als Angestellte beschäftigt werden, als Studienräte im Hochschuldienst oder als Lehrer für Fachpraxis tätig. Zu dieser Gruppe zählen auch die Lektoren und die Assistenten an Fachhochschulen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter die zahlenmäßig stärkste Personalkategorie

Am 2. Oktober 1981 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt 1 393 Professoren tätig. Somit gehörten zwei von fünf hauptberuflich wissenschaftlich Beschäftigten diesem Personenkreis an. Von den Professoren waren 749 (54%) an Universitäten, 487 (35%) an Fachhochschulen, 127 (9,1%) an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und 30 (2,2%) an den theologischen Hochschulen tätig. Fast 32% der Professoren wurden nach der Besoldungsgruppe C 4 vergütet und 29% nach C 3. 37% der Professoren hatten die Besoldungsgruppe C 2. Die Hochschulassistenten waren fast ausschließlich an den Universitäten beschäftigt. Da es Hochschulassistenten erst seit 1978 gibt, fällt ihr Anteil mit 1,5% an der Gesamtzahl des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals nicht sehr stark ins Gewicht. Die stärkste Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals stellten mit einem Anteil von 55% die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (1 967 Personen). Die meisten von ihnen (1 808 Personen oder 92%) waren an den Universitäten beschäftigt. Auf die Erziehungswissenschaftliche Hochschule entfielen 6,3%, auf Fachhochschulen 1,5% und auf die theologischen Hochschulen 0,3%.



Relativ gering ist der Anteil der Lehrkräfte für besondere Aufgaben mit 4% der Gesamtzahl des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals. Die meisten von ihnen (78%) waren an den Fachhochschulen tätig, wobei wiederum die Fachhochschulassistenten mit 58% die stärkste Gruppe stellten.

Die Personalstruktur im Hochschulbereich (39% Professoren, 55% wissenschaftliche Mitarbeiter) zeigt bei den einzelnen Hochschularten erhebliche Unterschiede. Während an den Universitäten die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit einem Anteil von etwa 70% an der Gesamtzahl des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals vertreten waren, hatten die Professoren an den Fachhochschulen und den theologischen Hochschulen ein deutliches Übergewicht. Diese Gruppe machte bei beiden Hochschularten jeweils 77% des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals aus. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule hielten sich Professoren mit einem Anteil von 49% und wissenschaftliche Mitarbeiter mit 48% die Waage.

Seit 1975 12% mehr Personal

Von 1975 bis 1981 hat sich die Zahl der Hochschulbeschäftigten um 1 250 Personen oder 12% erhöht. Die höchste Zuwachsrate ergab sich von 1978 auf 1979 mit + 4,9%. Von 1979 auf 1980 errechnet sich ein leichter Rückgang von 0,7%, da ab 1980 die studentischen Hilfskräfte nicht mehr in der Hochschulpersonalstatistik erfaßt werden.

Die Universitäten verzeichneten seit 1975 einen Anstieg der Beschäftigtenzahl von 9,3%. Stärker waren die Zuwachsraten an den Fachhochschulen (+ 45%) und den theologischen Hochschulen (+ 36%), da die Abteilungen der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz sich 1975 noch im Aufbau befanden und ab 1981 ein Teil der Verwaltungsfachhochschulen hinzukam. Der starke Anstieg von 1980 auf 1981 bei den theologischen Hochschulen ist darauf zurückzuführen, daß die Theologische Hochschule in Vallendar erstmals in die Personalerhebung einbezogen wurde. Die Zahl der Beschäftigten an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule hat innerhalb der letzten sechs Jahre um 9,9% abgenommen, da die Abteilung Worms zum Sommersemester 1979 geschlossen wurde und dort bereits 1978 ein starker Personalabbau stattfand.

Über ein Fünftel der Professoren in den Ingenieurwissenschaften

Die Verteilung des Hochschulpersonals nach Fächergruppen weist für die Bereiche Humanmedizin (29%) und zentrale Einrichtungen (25%) den höchsten Personalstand auf. Jeder zweite entfällt auf eine dieser beiden Gruppen, wobei jeweils das Verwaltungs-, technische und sonstige Personal stark überwiegt. In den zentralen Einrichtungen (Hochschulverwaltungen, Bibliotheken, Rechenzentren) zählen neun von zehn Beschäftigten zum nichtwissenschaftlichen Personal, im Bereich Humanmedizin sind es vier von fünf Personen. Hier ist dies vor allem auf das Pflege- und das technische Personal in der Klinik zurückzuführen.

Dienstbezeichnung Besoldungs-/Vergütungsgruppe	Ins- gesamt	Uni- versitäten 1)	Er- ziehungs- wissen- schaftliche Hoch- schule	Theo- logische Hoch- schulen	Fach- hoch- schulen
<u>Hauptberufliches wissenschaftliches und künst- lerisches Personal zusammen</u>	3 556	2 632	257	39	628
Professoren	1 393	749	127	30	487
Professoren C 4	440	345	71	24	-
Professoren C 3	409	152	34	-	223
Professoren/Oberärzte C 2	520	230	22	4	264
Assistenzprofessoren/Oberärzte H 1	24	22	-	2	-
Hochschulassistenten C 1	54	52	2	-	-
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter	1 967	1 808	123	6	30
Oberassistenten, -ingenieure H 1	2	2	-	-	-
Wissenschaftliche Assistenten habilitiert H 1	11	11	-	-	-
Wissenschaftliche Assistenten A 13	39	37	-	2	-
Leitende akademische Direktoren A 16	7	6	-	-	1
Akademische Direktoren A 15	98	72	21	-	5
Akademische Oberräte A 14	156	123	29	-	4
Akademische Räte A 13	85	72	9	1	3
Wissenschaftliche Angestellte, wissenschaft- liche und künstlerische Mitarbeiter at, BAT I, Ia, Ib, IIa	1 569	1 485	64	3	17
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	142	23	5	3	111
Ober-/Studiendirektoren, Ober-/Studienräte im Hochschuldienst A 16 - A 13	9	8	-	-	1
Fachlehrer, technische Lehrer A 12 - A 10	7	-	-	-	7
Lektoren A 13/BAT	13	13	-	-	-
Sonstige Lehrkräfte für besondere Aufgaben BAT	31	2	5	3	21
Fachhochschulassistenten BAT	82	-	-	-	82
<u>Nebenberufliches wissenschaftliches und künst- lerisches Personal zusammen</u>	1 656	997	149	24	486
Emeriti	72	53	10	9	-
Gastprofessoren, Gastdozenten	8	2	-	6	-
Honorarprofessoren	73	69	-	3	1
Privatdozenten, außerplanmäßige Professoren	4	4	-	-	-
Lehrbeauftragte	1 273	650	132	6	485
Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluß- prüfung	226	219	7	-	-
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal zusammen	5 212	3 629	406	63	1 114
Hauptberufliches Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal	6 485	5 830	178	20	457
Nebenberufliches Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal	7	5	-	-	2
Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal zusammen	6 492	5 835	178	20	459
I n s g e s a m t	11 704	9 464	584	83	1 573

1) Einschl. Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer.

Auch die Bereiche Mathematik und Naturwissenschaften (13%), Sprach- und Kulturwissenschaften (12,2%) sowie Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (10,2%) verzeichnen einen bemerkenswerten Personalstand. In diesen Bereichen ist ebenso wie bei den Ingenieurwissenschaften (6,5%), in Kunst und Kunstwissenschaft (2,2%), Sport (1,1%) sowie den Agrar- und Ernährungswissenschaften (0,4%) der Anteil des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals jeweils höher als der des Verwaltungs- und technischen Personals.

Eine andere Rangfolge der Personalbesetzung ergibt die Verteilung des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals nach Fächergruppen. Hier liegen die Schwerpunkte in den Sprach- und

Kulturwissenschaften (21%), der Humanmedizin (20,9%), Mathematik und Naturwissenschaften (20,2%). Die Ingenieurwissenschaften sowie Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften sind mit 14,6% bzw. 14,5% hauptberuflichen wissenschaftlichen Kräften besetzt.

Der Anteil der Professoren am hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal ist in den Fächergruppen besonders hoch, die überwiegend an Fachhochschulen vertreten sind. So beträgt der Anteil der Professoren im Bereich Agrar- und Ernährungswissenschaften 80%, im kunstwissenschaftlichen Bereich 71% und bei den Ingenieurwissenschaften 60%. In den vorwiegend an wissenschaftlichen Hochschulen vertretenen Fächergruppen ist der Anteil der Professoren am hauptbe-

Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen
nach Personal- und Fächergruppen am 2. Oktober 1981

Fächergruppe	Ins- gesamt	Weiblich	Pro- fessoren	Hochschul- assi- stenten	Wissen- schaftliche und künst- lerische Mitarbeiter	Lehrkräfte für besondere Aufgaben
Sprach- und Kulturwissenschaften	746	110	297	18	426	5
Sport	33	8	17	-	6	10
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	517	61	276	6	188	47
Mathematik, Naturwissenschaften	719	50	242	17	458	2
Humanmedizin	743	122	153	11	579	-
Agrar- und Ernährungswissenschaften	25	2	20	-	-	5
Ingenieurwissenschaften	518	13	312	-	157	49
Kunst, Kunstwissenschaft	91	20	65	-	17	9
Zentrale Einrichtungen	164	36	11	2	136	15
Insgesamt	3 556	422	1 393	54	1 967	142
Weiblich	422	-	63	-	320	39

ruflichen wissenschaftlichen Personal geringer, da hier eine größere Anzahl wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist. So zählen von den hauptberuflichen wissenschaftlichen Kräften bei den Sprach- und Kulturwissenschaften 40%, im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften 34% und im medizinischen Bereich 21% zu den Professoren. Die zahlenmäßig meisten Professoren (312) waren in den Ingenieurwissenschaften tätig. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Professoren betrug 22,4%. Es folgen die Bereiche Sprach- und Kulturwissenschaften mit 21,3%, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mit 19,8% sowie Mathematik und Naturwissenschaften mit 17,4%.

Drei von zehn hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern sind im medizinischen Bereich tätig. In den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften ist jeweils mehr als ein Fünftel der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter beschäftigt. Von den Lehrkräften für besondere Aufgaben befindet sich jeweils ein Drittel in den Ingenieurwissenschaften sowie den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Hochschulassistenten sind vorwiegend in den

Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften sowie Humanmedizin tätig.

12% des wissenschaftlichen Personals sind Frauen

Zum hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal zählten 1981 insgesamt 422 Frauen (11,9%). Hiervon gehörte über die Hälfte den Fächergruppen Humanmedizin (29%) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (26%) an. 14,5% der Frauen waren im Bereich Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften und 11,8% im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften tätig. Die Anteile der anderen Fächergruppen lagen unter 10%.

Drei von vier hauptberuflich wissenschaftlich tätigen Frauen gehörten den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern an, 14,9% waren Professorinnen und 9,2% Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Von den wissenschaftlichen Mitarbeitern waren 16,3% Frauen, von den Professoren 4,5% und von den Lehrkräften für besondere Aufgaben 27,5%.

Diplom-Betriebswirt (FH) H. J. Weber

Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen Wirtschaft

Für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens werden alle drei Jahre die Einheitswerte festgestellt. In Verbindung mit der Hauptfeststellung ist nach dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) eine Statistik des Betriebsvermögens zu erstellen. Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen. Im Gesetz ist der Begriff des Gewerbebetriebes zwar nicht wirtschaftlich definiert, er umfaßt jedoch nahezu den gesamten Bereich der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der freiberuflichen Tätigkeiten. Im Bewertungsrecht gelten als Gewerbebetriebe Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, wie Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirt-

schaftsgenossenschaften, Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften.

Jede wirtschaftliche Einheit, also der einzelne gewerbliche Betrieb, ist für sich zu bewerten. Hat ein Steuerpflichtiger mehrere Betriebe verschiedener Art, zum Beispiel eine Maschinenfabrik und eine Spinnerei, so ist für jeden Betrieb ein Einheitswert festzustellen. Gelten jedoch mehrere verschiedene gewerbliche Tätigkeiten nach der Verkehrsauffassung und den Betriebsverhältnissen als Teil eines Gewerbebetriebes, zum Beispiel Gastwirtschaft und Bäckerei, so ist ein einheitlicher Gewerbebetrieb anzunehmen. Nach § 97 Abs. 1 Bewertungsgesetz bilden stets alle Wirtschafts-

Rohbetriebsvermögen, Anlage- und Umlaufvermögen, Schulden und sonstige Abzüge sowie Einheitswert der Gewerbebetriebe nach Rechtsformen am 1. Januar 1977

Rechtsform	Gewerbe- betriebe	Rohbetriebsvermögen			Schulden und sonstige Abzüge	Einheits- wert
		ins- gesamt	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen		
	Anzahl	Mill. DM				
Insgesamt						
Natürliche Personen	50 502	7 391	3 311	4 080	3 837	3 554
Nichtnatürliche Personen	15 910	99 870	28 864	71 006	77 025	19 569
Personengesellschaften (OHG, KG)	8 688	15 366	6 661	8 704	8 438	6 927
Kapitalgesellschaften	5 831	34 320	14 764	19 556	21 113	10 144
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	71	22 702	9 942	12 760	14 322	6 005
Bergrechtliche Gewerkschaften	8	89	43	46	57	23
Gesellschaften mbH	5 752	11 529	4 779	6 750	6 734	4 115
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	660	12 082	1 321	10 761	11 435	643
Versicherungsvereine a.G.	5	1 979	574	1 405	1 874	105
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	44	33 592	3 379	30 213	32 420	965
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts 1)	216	1 700	1 438	262	1 031	668
Sonstige nichtnatürliche Personen	466	831	727	104	715	117
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	66 412	107 261	32 175	75 086	80 862	23 123
Gewerbebetriebe ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften						
Natürliche Personen	49 744	7 371	3 302	4 069	3 829	3 542
Nichtnatürliche Personen	14 145	46 460	23 022	23 439	26 580	17 302
Personengesellschaften (OHG, KG)	8 632	15 235	6 577	8 658	8 424	6 811
Kapitalgesellschaften	4 451	26 285	13 863	12 422	14 272	9 439
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	63	15 834	9 876	5 958	7 763	5 697
Bergrechtliche Gewerkschaften	8	89	43	46	57	23
Gesellschaften mbH	4 380	10 362	3 944	6 418	6 452	3 718
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	397	2 428	426	2 002	2 141	282
Versicherungsvereine a.G.	-	-	-	-	-	-
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	-	-	-	-	-	-
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	215	2 513	2 156	357	1 742	770
Sonstige nichtnatürliche Personen	450					
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	63 889	53 832	26 323	27 508	30 409	20 844

1) Ohne Kreditanstalten des öffentlichen Rechts.

güter der in dieser Vorschrift aufgezählten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen eine wirtschaftliche Einheit. Die Erfassungseinheit in der Statistik dürfte damit in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle dem ganzen Unternehmen entsprechen.

Die Einheitswerte bilden als einheitliche steuerliche Werte die Besteuerungsgrundlage und den Wertmaßstab für mehrere Steuern, zum Beispiel für Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer und Gewerbesteuer. Die Feststellung der Einheitswerte ist ein der eigentlichen Steuerfestsetzung vorgeschaltetes Verfahren, wobei der Steuerpflichtige dem Finanzamt eine Vermögensaufstellung abzugeben hat. Ein Einheitswert ist zum Stichtag 1. Januar 1977 ermittelt worden, sofern das Gewerbekapital mindestens 6 000 DM betragen hat oder falls eine Veranlagung zur Vermögensteuer erfolgt ist.

Die der Statistik zugrundeliegenden anonymisierten Durchschriften der Einheitswertbescheide liefern Aufschluß über das Eigen- und Fremdkapital und deren Verwendung in den gewerblichen Betrieben aller Wirtschaftszweige und Rechtsformen, wie er in dieser Vollständigkeit aus anderen Statistiken nicht ermittelt werden kann. Die Bilanzstatistik und die Statistik der Fi-

nanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen vermitteln einen Einblick in die Kapitalstruktur eines bestimmten Kreises von Unternehmen. Zudem beruhen sie auf den Wertansätzen in der Handelsbilanz, die von denen nach dem Bewertungsgesetz abweichen können. Außerdem kann der Umfang des Betriebsvermögens nach dem Bewertungsgesetz größer oder kleiner sein als das Betriebsvermögen im Sinne des Bilanzsteuerrechts.

Einheitswerte bei 66 412 Gewerbebetrieben festgestellt

Bei der Hauptfeststellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1977 wurde von den rheinland-pfälzischen Finanzämtern bei 66 412 Gewerbebetrieben ein positiver Einheitswert von insgesamt 23,1 Mrd. DM festgestellt. Der Einheitswert ergibt sich, indem vom Rohbetriebsvermögen (107 Mrd. DM) die Schulden und sonstigen Abzüge (81 Mrd. DM) sowie die Vergünstigungen für Schachtelgesellschaften (3,2 Mrd. DM) subtrahiert werden. Die Differenz von 116 Mill. DM erklärt sich aus der Tatsache, daß bei den öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen nur 85% des Gesamtwertes des Instituts als Einheitswert anzusetzen sind. Die Zahl der einheitsbewerteten Gewerbebetriebe ist seit 1974 nahezu konstant geblieben (— 0,7%). Gemessen an der durch die Umsatz-

steuerstatistik erfaßten Gesamtzahl der Steuerpflichtigen repräsentiert die Einheitswertstatistik etwa 60% der Unternehmen.

Vom 1. Januar 1974 bis zum 1. Januar 1977 erhöhte sich das Rohbetriebsvermögen, das der Bilanzsumme entspricht, um 37%. Ein geringfügig stärkerer Wertzuwachs konnte bei dem vorhergehenden Hauptfeststellungszeitpunkt registriert werden. Die hier ermittelte Vermögensmehrung darf jedoch nicht mit der tatsächlichen gleichgesetzt werden, da die der Vermögensaufstellung zugrundeliegenden Wertansätze, die durch das Bewertungsgesetz determiniert werden, von den Marktpreisen abweichen können. Dies trifft insbesondere für die Betriebsgrundstücke zu, die seit 1974 mit 140% der historischen Einheitswerte vom 1. Januar 1964 bewertet sind, während beim übrigen Anlage- und Umlaufvermögen sowie den Schulden und sonstigen Abzügen zeitnahe Werte angesetzt werden. Das Ausmaß der Unterbewertung von Betriebsgrundstücken läßt sich annähernd anhand der durch die Umstellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1974 bewirkten Aufwertung erkennen. Machten die Betriebsgrundstücke 1972 lediglich 2,1% des Rohbetriebsvermögens aus, stellten sie zwei Jahre später 8,5%.

Einen überdurchschnittlichen Anstieg des Rohbetriebsvermögens wiesen die Wirtschaftsbereiche Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau (+ 82%), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (+ 51%), Dienstleistungen (+ 43%) sowie Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei (+ 40%) auf. Rückläufig war das Betriebsvermögen im Baugewerbe (— 3,6%). Insbesondere wurde die Erhöhung des Rohvermögens von den Kreditanstalten des öffentlichen Rechts und den Kapitalgesellschaften getragen, die ihre Bilanzsumme stark ausweiteten.

Fremdkapital der Unternehmen um 37% gestiegen

Am 1. Januar 1977 betrugen die Schulden und sonstigen Abzüge 81 Mrd. DM, worin jedoch nicht die Beträge der überschuldeten Betriebe, die generell in der Statistik fehlen, enthalten sind. Damit waren mehr als

drei Viertel der Bilanzsumme Fremdkapital. Ganz wesentlich wird diese Struktur von den Kreditinstituten, dem Versicherungsgewerbe und den Beteiligungsgesellschaften geprägt. Da der Geschäftsbetrieb dieser Unternehmen weitgehend darauf gerichtet ist, Geld- und Kapitalanlagen oder Versicherungsbeiträge her einzunehmen und im Wege der Kreditvergabe oder der Beteiligung an andere Unternehmen oder als Wertpapiere wieder anzulegen, ist der Fremdkapitalanteil in diesen Wirtschaftszweigen mit über 94% sehr hoch.

Nur die Unternehmen der Energiewirtschaft, Wasserversorgung und des Bergbaus waren mit mehr als der Hälfte (57%) ihrer Schulden und Abzüge langfristig gebunden. Mit 40% war der Anteil in der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung ebenfalls noch sehr hoch. Ausschlaggebend hierfür dürfte sicherlich der große Bestand an Sachanlagen sein, die wegen der langen Nutzungsdauer langfristig finanziert werden müssen. Im Baugewerbe waren lediglich 9,4% der Schulden langfristig.

Während die Schulden und sonstigen Abzüge proportional mit dem Rohbetriebsvermögen um 37% anstiegen, wuchsen die langfristigen Verbindlichkeiten um 15%. Stärker als die Vermögenswerte expandierten die Schuldposten lediglich in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im Handel sowie bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Die Struktur des Fremdkapitals hat sich zu Lasten der langfristigen Verbindlichkeiten entwickelt, deren Anteil von 13,5% auf 11,4% gesunken ist, was in erster Linie auf die Entwicklung bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe zurückzuführen ist. Nahezu unverändert war die Zusammensetzung der Schulden in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im Baugewerbe und im Handel.

55% des Einheitswertes bei Betrieben des verarbeitenden Gewerbes

Von den gewerblichen Betrieben vereinigten die Körperschaften etwa die Hälfte des gesamten Einheitswertvolumens auf sich. Auf die zahlenmäßig weit überwiegenden Einzelunternehmen entfielen 15% und

Rohbetriebsvermögen, Anlage- und Umlaufvermögen, Schulden und sonstige Abzüge sowie Einheitswert der Gewerbebetriebe nach Wirtschaftsabteilungen am 1. Januar 1977

Wirtschaftsabteilung	Gewerbe- betriebe	Rohbetriebsvermögen			Schulden und sonstige Abzüge	Einheits- wert
		ins- gesamt	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen		
	Anzahl	Mill. DM				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei 1)	535	106	53	53	72	34
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	223	5 455	4 467	988	3 583	1 811
Verarbeitendes Gewerbe	14 675	30 229	15 596	14 634	15 054	12 710
Baugewerbe	6 218	3 053	724	2 329	2 280	772
Handel	22 740	10 985	2 934	8 051	7 435	3 512
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 068	853	513	340	501	351
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 179	52 327	4 934	47 394	50 334	1 784
Dienstleistungen	17 757	4 250	2 952	1 298	1 604	2 146
Organisationen ohne Erwerbscharakter 1)	2	2	2	0	0	2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung 1)	15					
Insgesamt	66 412	107 261	32 175	75 086	80 862	23 123

1) Soweit das Vermögen der dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnenden wirtschaftlichen Einheiten als Betriebsvermögen festgestellt wurde.

Eigenkapitalquoten ¹⁾ der Gewerbebetriebe ²⁾ nach Wirtschaftsbereichen 1963 - 1977

Wirtschaftsbereich	1963	1966	1969	1972	1974	1977
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ³⁾	56,8	41,0	40,7	33,5	34,0	32,3
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	37,4	32,0	32,3	36,9	33,2	34,3
Verarbeitendes Gewerbe	46,7	46,6	48,7	42,1	44,6	50,2
Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	51,3	52,4	54,4	47,5	49,9	60,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	35,1	34,7	32,5	41,4	45,3	40,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	48,6	47,3	49,5	42,3	45,7	45,9
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	38,7	43,9	41,9	29,3	34,8	39,4
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	37,0	36,1	40,3	32,2	30,9	34,4
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	51,9	52,0	53,1	41,7	42,5	46,5
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	47,8	42,6	44,1	40,2	45,4	43,9
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	41,9	39,3	39,0	31,2	39,0	43,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	48,0	45,6	47,8	43,6	46,5	48,8
Baugewerbe	34,0	32,0	34,0	25,8	26,1	25,3
Bauhauptgewerbe	30,8	28,9	31,3	23,2	22,9	22,0
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	49,7	47,4	47,5	41,9	40,6	40,3
Handel	40,8	39,9	37,5	35,0	35,6	32,3
Großhandel	32,6	31,6	28,8	27,3	28,9	25,3
Handelsvermittlung	56,8	53,2	50,8	51,2	47,8	42,4
Einzelhandel	53,1	52,8	53,3	48,2	48,2	46,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,9	46,0	48,8	32,3	46,2	41,3
Dienstleistungen	56,1	62,5	60,9	51,0	53,5	52,8
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	60,5	60,2	61,3	58,3	60,7	58,3
Wäscherei und Reinigung	47,5	51,9	53,6	51,2	47,3	43,1
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	68,0	67,9	66,0	61,8	60,4	62,0
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	77,6	76,4	75,9	68,8	68,4	51,1
Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute	32,6	73,6	57,0	48,7	39,3	37,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter ³⁾	54,9	79,7	61,9	58,6	65,5	} 93,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ³⁾	29,8	36,1	40,2	24,5	94,2	
Insgesamt	43,9	43,2	44,3	38,9	41,2	43,5

1) Eigenkapital: Rohbetriebsvermögen x 100. - 2) Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften. - 3) Soweit das Vermögen der dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnenden wirtschaftlichen Einheiten als Betriebsvermögen festgestellt wurde.

auf die Personengesellschaften 30% des Einheitswertes. Das besondere Gewicht der Körperschaften wird maßgeblich durch die Kapitalgesellschaften geprägt. 26% des Einheitswertes konzentriert sich auf die relativ wenigen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Während die Aktiengesellschaften über den mit Abstand größten durchschnittlichen Einheitswert (85 Mill. DM) verfügten, erreichten die Personengesellschaften 797 000 DM. Der Einheitswert der Einzelunternehmen blieb mit 70 000 DM weit unter dem Durchschnitt.

Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen 55% des gesamten Einheitswertes. Jeder Gewerbebetrieb verkörperte damit ein Reinvermögen von 866 000 DM, das seit 1974 um 46% gestiegen ist. Nahezu die Hälfte (48%) der Betriebe dieses Wirtschaftszweiges hatte einen Einheitswert von weniger als 50 000 DM und nur 6% wiesen ein Reinvermögen von mehr als 1 Mill. DM auf. Der zahlenmäßig am stärksten vertretene Handel (22 740 Betriebe) vereinigte 3,5 Mrd. DM (15,2%) des Einheitswertes auf sich. Hier war die Konzentration auf die unterste Größenklasse mit 57% sehr ausgeprägt.

Im Zeitablauf ist eine tendenzielle Verlagerung der Gewerbebetriebe von der untersten Größenklasse bis

50 000 DM in die darüber liegenden festzustellen. Beim Einheitswert ist das Bild differenzierter. Zwar verringerte sich auch hier die Bedeutung der niedrigsten Größenklasse, aber zwischen 50 000 DM und 10 Mill. DM stieg der Einheitswert seit 1972 absolut an, während der Anteil zurückging. Verursacht wurde diese Entwicklung durch die sehr starke Expansion in der Gruppe ab 10 Mill. DM, in der sich zum Feststellungszeitpunkt 1977 zwar nur 237 (0,4%) Betriebe befanden, die jedoch 12,9 Mrd. DM (56%) Einheitswert auf sich vereinigten. Fünf Jahre zuvor waren es 107 (0,2%) Betriebe mit 4,9 Mrd. DM (43%) Einheitswert.

In der Statistik der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens erfolgt eine Größenklassengliederung nur nach dem Einheitswert. Da dieser nicht das Gesamtvermögen, sondern aufgrund des Abzugs der Betriebsschulden das Reinvermögen darstellt, können die nach Einheitswertgruppen gegliederten Ergebnisse nur unter Einschränkungen für Untersuchungen über die Größenstruktur der Betriebe herangezogen werden, denn das Reinvermögen ist kein geeignetes Kriterium für die Größe eines Betriebes.

Anlagenbestand um 26,8% erhöht

Da die Einheitswertbescheide in gestraffter Form die Bilanzposten der Gewerbetreibenden enthalten,

können Angaben sowohl über die Herkunfts- als auch die Verwendungsseite des Betriebsvermögens gemacht werden, auch wenn die sekundärstatistischen Daten eine tiefergehende Ausgliederung der Bilanzpositionen nicht zulassen. Anhand des Einheitswertbescheides kann das Anlagevermögen in Sach- und Finanzanlagen aufgeteilt werden. Sachanlagen sind Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen sowie sonstige Sachanlagen wie Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fahrzeuge. Die im Einheitswertbescheid unter übriges Anlagevermögen nachgewiesenen Finanzanlagen umfassen Patente, Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften sowie festverzinsliche Wertpapiere. In der Statistik werden auch die Mineralgewinnungsrechte unter den Finanzanlagen nachgewiesen.

Am 1. Januar 1977 hatte das Anlagevermögen der gewerblichen Betriebe, die im folgenden ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften dargestellt werden, einen Wert von 26,3 Mrd. DM. Es setzte sich aus 20,3 Mrd. DM Sachanlagen sowie 6,1 Mrd. DM Finanzanlagen zusammen. Seit der letzten Hauptfeststellung 1974 expandierten die Finanzanlagen doppelt so stark wie die Sachanlagen, was auch auf den unterschiedlichen Wertansatz zurückgeführt werden kann. Die Erhöhung der Finanzanlagen wurde ausschließlich von den nichtnatürlichen Personen getragen, wobei die Beteiligung an Kapitalgesellschaften ausschlaggebend gewesen ist, denn der Wert stieg von 2,9 Mrd. DM auf 4 Mrd. DM. Gemessen an der Bilanzsumme ging der Anteil der Sachanlagen wegen der starken Ausweitung der Finanzanlagen zurück.

Das Umlaufvermögen, bestehend aus 16,2 Mrd. DM Betriebskapital und 11,3 Mrd. DM Vorratsvermögen, erhöhte sich seit dem 1. Januar 1974 um 24,4%. Es machte mit 51% mehr als die Hälfte der Bilanzsumme aus. Die Arbeits- bzw. Materialintensität, das heißt das Verhältnis von Umlaufvermögen zu Rohbetriebsvermögen, ist seit Jahren rückläufig. Sie betrug 1972 57% und reduzierte sich 1974 auf 52%. Die Anlagenintensität, das heißt der Quotient aus Anlagevermögen und Rohbetriebsvermögen, erhöhte sich entsprechend. Überdurchschnittlich hoch war die Anlagenintensität bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Unter dem Durchschnitt blieben die Einzelkaufleute und die Personengesellschaften. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wiesen mit 17,5% eine extrem niedrige und die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige nichtnatürliche Personen mit 86% eine sehr hohe Anlagenintensität auf. Einen größeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Aktivposten als die Rechtsform hat die Branchenzugehörigkeit.

Einen hohen Anteil ihres Vermögens hatten die Organisationen ohne Erwerbscharakter einschließlich Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (87%) sowie die Betriebe der Energiewirtschaft, Wasserversorgung und des Bergbaus (82%) in Anlagegüter investiert. Die Anlagenintensität der Betriebe des letztgenannten Wirtschaftszweiges bewegt sich seit 1969 zwischen 80 und 84% und kann somit im Gegensatz

zum erstgenannten, wo die Quote von 69% am Stichtag 1969 auf 87% am Stichtag 1977 anstieg, als relativ konstant angesehen werden.

Sehr hoch war 1977 die Anlagenintensität auch in den Wirtschaftszweigen Dienstleistungen (65%), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60%) sowie im verarbeitenden Gewerbe (52%). Im Vergleich zu 1969 wurde im Dienstleistungsbereich und verarbeitenden Gewerbe das Anlagevermögen zu Lasten des Umlaufvermögens erheblich ausgeweitet, während die Relation beim Verkehr und der Nachrichtenübermittlung zunächst anstieg, seit 1972 aber ständig sinkt. Steigt die Relation Anlage- zu Umlaufvermögen, so kann dies unter anderem auf größere Investitionen in der Vergangenheit oder auf eine Rationalisierung der Lagerhaltung zurückzuführen sein.

Weitgehend wird die Anlagenintensität von Produktionsprogramm, Fertigungstiefe und Automatisierungsgrad bestimmt. Wie auch in den vorhergehenden Jahren wiesen 1977 die Herstellung von Backwaren (74%), Gewinnung von Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden (72%) sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (85%) hohe Quoten auf. Dagegen hatten die Herstellung und Reparatur von Uhren (11,6%), Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung (23%), Herstellung, Zurichtung und Veredelung von Leder (23%) ebenso wie das gesamte Baugewerbe (24%) und der Handel (27%) eine geringe Anlagenintensität.

Seit 1974 stellt im Baugewerbe das Vorratsvermögen den größten Anteil an den Aktivwerten der Bilanz, was eine Auswirkung der Krise dieser Branche zu jener Zeit sein dürfte. Im Großhandel war dagegen seit jeher das Betriebskapital der größte Aktivposten, während im Einzelhandel die Vorräte überwogen. Eine unbedeutende Rolle spielt das Vorratsvermögen in Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau (1,4%), bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1,9%) und bei den Dienstleistungen (4,3%), da hier Produktion und Absatz nahezu zeitgleich erfolgen.

Eigenkapitalanteil mit 44% höher als im Bundesdurchschnitt

Der Ausstattung mit Eigenkapital kommt insofern besondere Bedeutung zu, als es bei wirtschaftlichen Rückschlägen den Bestand des Betriebes sichern helfen kann. Ganz ohne Fremdmittel kann kein Gewerbetreibender wirtschaften, sei es, daß er einen Lieferantenkredit in Anspruch nimmt oder für Investitionszwecke Geld am Kapitalmarkt aufnimmt. Neben der Finanzierung aus den vorgenommenen Abschreibungen wird in der Regel vom Unternehmer bzw. den Gesellschaftern Kapital zugeführt und Fremdkapital aufgenommen. Die Ertragskraft, die sich in den erzielten Gewinnen niederschlägt, ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat darauf hingewiesen, daß ein hoher Eigenkapitalanteil erforderlich sei, um die notwendigen autonomen Investitionen, die unabhängig von kurzfristigen Einflußgrößen aufgrund langfristiger Zielvorstellungen getätigt werden müssen, zu initiieren.

Anlagendeckung¹⁾ und Liquidität²⁾ der Gewerbebetriebe³⁾ nach Wirtschaftsbereichen 1972 - 1977

Wirtschaftsbereich	1972	1974	1977	1972	1974	1977
	Anlagendeckung			Liquidität		
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁴⁾	76,3	71,6	64,4	84,4	79,6	73,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	45,9	39,7	41,9	31,2	24,5	27,6
Verarbeitendes Gewerbe	91,0	86,0	97,3	92,8	86,9	97,2
Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	82,4	80,0	94,0	80,6	75,1	90,5
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	96,4	96,1	90,4	97,4	96,7	92,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	82,0	79,0	82,4	83,9	77,6	81,9
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	60,0	85,5	91,8	72,5	91,0	94,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	136,1	98,6	110,9	112,6	99,4	105,2
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	142,2	113,9	136,1	121,2	109,0	123,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	98,8	87,6	90,2	99,2	88,2	91,5
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	108,1	99,2	111,6	103,4	99,5	107,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	106,6	95,2	105,6	104,8	95,6	105,0
Baugewerbe	117,1	107,9	106,8	105,1	102,6	102,2
Bauhauptgewerbe	101,6	93,3	93,9	100,5	97,9	98,2
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	245,2	181,7	160,2	142,7	130,7	125,4
Handel	186,3	125,7	121,0	125,0	111,3	108,3
Großhandel	172,2	120,1	115,3	115,7	106,8	104,5
Handelsvermittlung	169,5	131,4	134,2	143,1	121,8	118,7
Einzelhandel	205,1	132,6	127,5	147,8	122,9	119,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	43,7	69,1	68,7	38,5	61,6	67,9
Dienstleistungen	105,1	80,2	81,8	105,0	71,5	75,0
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	81,4	70,5	68,2	68,0	35,3	35,0
Wäscherei und Reinigung	80,4	70,7	63,9	74,4	62,8	57,1
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	127,7	102,1	109,8	135,1	103,1	114,6
Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung	252,9	190,9	191,9	233,6	203,2	150,0
Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute	492,1	159,7	143,2	175,7	124,2	118,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter ⁴⁾	121,4	110,6	107,5	125,0	118,3	196,9
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ⁴⁾	30,7	99,3		27,1	89,2	
Insgesamt	91,5	85,0	89,0	94,1	87,7	90,5

1) Eigenkapital : Anlagevermögen x 100. - 2) Umlaufvermögen : Fremdkapital x 100. - 3) Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften. - 4) Soweit das Vermögen der dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnenden wirtschaftlichen Einheiten als Betriebsvermögen festgestellt wurde.

Die rheinland-pfälzischen Gewerbebetriebe hatten am 1. Januar 1977 einen Eigenkapitalanteil von knapp 44%. Im Jahre 1972 war mit 39% die niedrigste Eigenkapitalausstattung gemessen worden. Seither stockten die Betriebe ihr Eigenkapital wieder auf und erreichten 1977 das Niveau der Jahre 1963 bis 1969. Die Entwicklung bei den rheinland-pfälzischen Betrieben verlief damit anders als im Bundesgebiet, wo im Jahre 1972 mit 37% der niedrigste Eigenkapitalanteil gemessen wurde, die Quote 1974 aber nur auf 40% stieg und diesen Wert beibehält. In den Jahren 1963 bis 1969 war die Eigenkapitaldecke im Bundesdurchschnitt ebenfalls geringer als in Rheinland-Pfalz. Zwischen 1963 und 1977 ist im Bundesdurchschnitt die Ausstattung der Betriebe mit eigenen Mitteln gesunken, während die rheinland-pfälzischen Gewerbetreibenden ihr Eigenkapitalpolster auf gleichem Niveau hielten.

Die Eigenkapitalquote weist innerhalb der Rechtsformen eine große Spanne auf. Die Einzelunternehmen hatten mit 48% deutlich höhere Werte als die nicht-natürlichen Personen mit 43%. Die Aktiengesellschaften, denen auch eine Eigenmittelaufnahme am Kapitalmarkt durch Emission von Anteilsrechten möglich ist, verfügten über das mit Abstand höchste Eigenkapital (51%). Sie waren damit die einzige Rechtsform, die 1977 weniger als die Hälfte ihres Vermögens fremd-

finanziert hatte. Neben den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die aber nach wie vor eine relativ geringe Eigenkapitalausstattung haben, erhöhten die Aktiengesellschaften seit 1972 ihre Eigenmittel am stärksten. Der geringe Eigenkapitalbestand der GmbH kann zur finanziellen Instabilität führen, die ihren Niederschlag in der höheren Insolvenzquote findet, zumal das Privatvermögen der Gesellschafter, das bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften zwar auch nicht in den Bilanzen erscheint, aber für die Firmenverbindlichkeiten mithaftet, als Deckungskapital nicht herangezogen werden kann.

Im Jahre 1977 finanzierten die Betriebe im verarbeitenden Gewerbe erstmals mehr als die Hälfte ihres Vermögens aus eigenen Quellen. Verursacht wurde diese Entwicklung durch die chemische Industrie und Mineralölverarbeitung, deren Eigenkapitalanteil 60% betrug. Dagegen war - auch im längerfristigen Vergleich - der Verschuldungsgrad im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung wesentlich höher.

Besonders ungünstig war die Kapitalstruktur der im Baugewerbe tätigen Firmen. Die Eigenmittel entsprachen hier 1977 nur 25% des Gesamtkapitals, verglichen mit immerhin 32% im Handel und des seit Jahren

Bilanzkennziffern der Gewerbebetriebe¹⁾
nach Rechtsformen 1972 - 1977

Rechtsform	1972	1974	1977
Eigenkapitalquoten ²⁾			
Natürliche Personen	46,4	47,6	48,1
Nichtnatürliche Personen	37,5	39,9	42,8
Personengesellschaften (OHG, KG)	38,8	42,4	44,7
Kapitalgesellschaften	38,7	40,4	45,7
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	43,8	45,1	51,0
Bergrechtliche Gewerkschaften	17,6		36,1
Gesellschaften mbH	29,2	33,0	37,7
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	10,8	15,0	11,8
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	33,5	37,6	30,7
Sonstige nichtnatürliche Personen	58,9		
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	38,9	41,2	43,5
Anlagenintensität ³⁾			
Natürliche Personen	33,1	44,6	44,8
Nichtnatürliche Personen	44,4	49,1	49,6
Personengesellschaften (OHG, KG)	30,7	42,5	43,2
Kapitalgesellschaften	49,6	53,1	52,7
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	59,0	61,2	62,4
Bergrechtliche Gewerkschaften	31,3		48,2
Gesellschaften mbH	32,0	40,2	38,1
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	14,9	20,4	17,5
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	86,1	84,5	85,8
Sonstige nichtnatürliche Personen	30,7		
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	42,6	48,4	48,9
Anlagendeckung ⁴⁾			
Natürliche Personen	140,1	106,8	107,3
Nichtnatürliche Personen	84,5	81,3	86,4
Personengesellschaften (OHG, KG)	126,3	99,6	103,6
Kapitalgesellschaften	78,0	76,2	86,7
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	74,3	73,7	81,7
Bergrechtliche Gewerkschaften	56,1		74,9
Gesellschaften mbH	91,2	82,2	99,1
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	72,2	73,5	67,3
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	38,9	44,4	35,7
Sonstige nichtnatürliche Personen	191,8		
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	91,5	85,0	89,0
Liquidität ⁵⁾			
Natürliche Personen	124,8	105,8	106,3
Nichtnatürliche Personen	89,0	84,7	88,2
Personengesellschaften (OHG, KG)	113,2	99,7	102,8
Kapitalgesellschaften	82,2	78,8	87,0
Aktiengesellschaften (einschl. KGaA)	73,0	70,6	76,7
Bergrechtliche Gewerkschaften	83,3		81,1
Gesellschaften mbH	96,0	89,3	99,5
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	95,4	93,6	93,5
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	20,9	24,8	20,5
Sonstige nichtnatürliche Personen	168,6		
Natürliche und nichtnatürliche Personen insgesamt	94,1	87,7	90,5

1) Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften. - 2) Eigenkapital: Rohbetriebsvermögen x 100. - 3) Anlagevermögen: Rohbetriebsvermögen x 100. - 4) Eigenkapital: Anlagevermögen x 100. - 5) Umlaufvermögen: Fremdkapital x 100.

guten Eigenkapitalpolsters im Dienstleistungsbereich. 1974 hatten die Baubetriebe noch 26% und 1963 sogar 34% des gesamten Kapitaleinsatzes als Eigenmittel ausgewiesen. Es ist offensichtlich, daß unter solchen Voraussetzungen bei rückläufiger Bautätigkeit die Widerstandskraft der Bauunternehmen gering ist und die Insolvenzzahlen steigen. Insbesondere hatte das Bauhauptgewerbe mit 22% im Jahre 1977 einen deutlich geringeren Eigenkapitalanteil als das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe mit 40%. Auch in den vorhergehenden Jahren wurde eine ähnliche hohe Differenz bei gleichzeitiger Erhöhung des Verschuldungsgrades registriert.

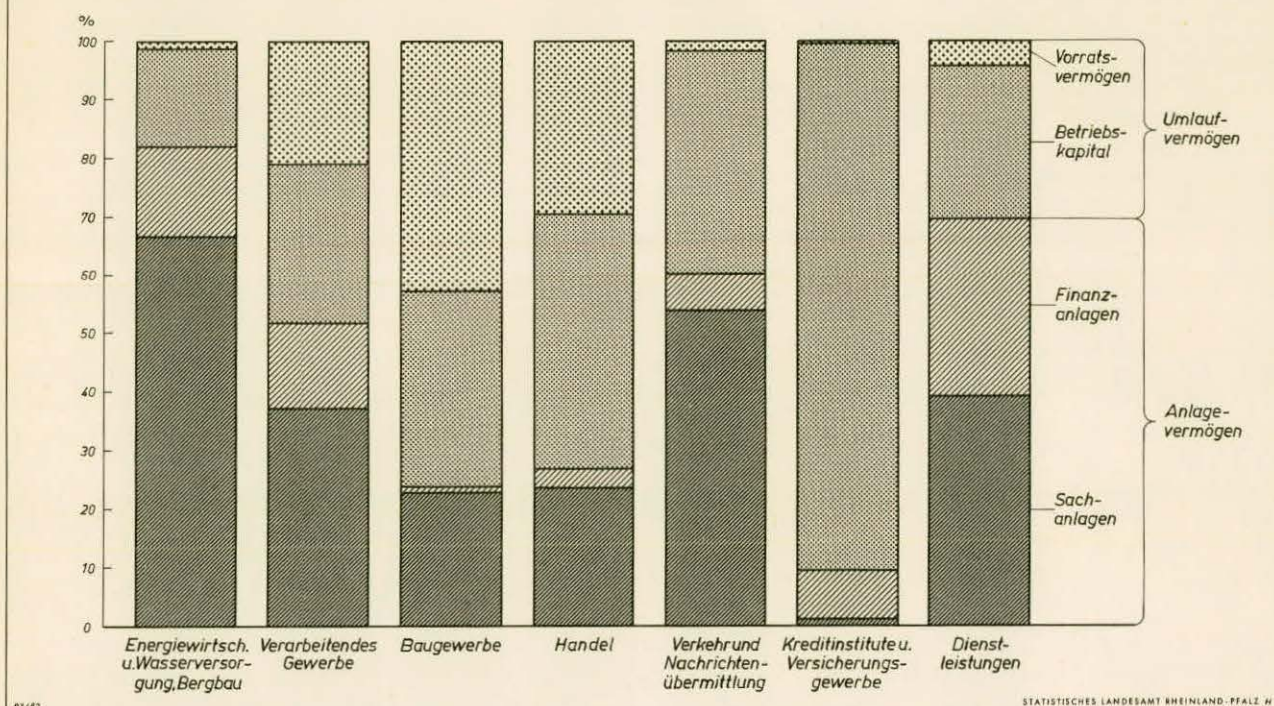
Im Handel ist ein nahezu kontinuierlich verlaufender Rückgang der Eigenkapitalausstattung von 41% im Jahre 1963 auf 32% in 1977 zu verzeichnen, der bei den Handelsvermittlern besonders ausgeprägt war. 1963 waren hier noch 57% der Bilanzsumme durch Eigenmittel gedeckt gegenüber 42% im Jahre 1977. Innerhalb des Handels hatte der Großhandel die mit Abstand geringste Eigenkapitalausstattung.

Im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen wurden während des gesamten Beobachtungszeitraumes die höchsten Eigenkapitalquoten gemessen, auch wenn man die Organisationen ohne Erwerbscharakter mit ihrer guten finanziellen Basis unberücksichtigt läßt. Im Durchschnitt wiesen 1977 die hier vertretenen Betriebe Eigenmittelanteile von 53% auf. Nach 1972 (51%) war dies zugleich der niedrigste Wert. 62% des Bilanzvermögens wurden im Friseur- und sonstigen Körperpflegegewerbe mit eigenen Mitteln finanziert. Innerhalb des Dienstleistungsbereichs wies es damit im Jahre 1977 die höchste Quote auf. Traditionell gut ist auch die Eigenkapitalausstattung im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, während die Architektur- und Ingenieurbüros sowie Laboratorien und ähnliche Institute höhere Fremdkapitalanteile verzeichneten. Die freien Berufe der Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung nahmen in den zurückliegenden Jahren vermehrt Fremdkapital in Anspruch. Finanzierten sie ihren Betrieb 1963 erst mit 22% fremden Mitteln, mußte 1977 nahezu die Hälfte (49%) des Geldbedarfs aus fremden Quellen genommen werden. Die Fremdkapitalquote ist damit in diesem Bereich besonders ausgeprägt angestiegen.

Von 100 DM Anlagevermögen 89 DM durch Eigenkapital gedeckt

Neben der vertikalen Bilanzanalyse anhand der Beziehungen der Positionen innerhalb der Aktiv- bzw. Passivseite vermittelt die horizontale Bilanzanalyse über die Relationen zwischen Aktiv- und Passivseite, und zwar insbesondere das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen sowie zwischen Umlaufvermögen und Fremdkapital, zusätzliche Informationen über den finanziellen Status einer Unternehmung. Die Relation von Eigenkapital zu Anlagevermögen gibt Aufschluß darüber, in welchem Ausmaß langfristig gebundenes Vermögen durch langfristig verfügbares Kapital finanziert ist. Ist mehr Eigenkapital vorhanden

Anlage- und Umlaufvermögen der Gewerbebetriebe nach Wirtschaftsbereichen am 1.1.1977



als zur Anlagendeckung erforderlich, wird die finanzielle Sicherheit als gut bezeichnet. Allerdings kann dies unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität einen Gewinnentgang und somit eine Minderung der Rentabilität bedeuten.

Im Durchschnitt finanzierten 1977 die Betriebe 100 DM Anlagevermögen mit 89 DM Eigenkapital; das sind 4 DM mehr als 1974. Der Vergleich mit 1972, als die Anlagendeckung 92% betrug, ist insofern eingeschränkt, als erstmals 1974 die erhöhten Wertansätze für die Betriebsgrundstücke angesetzt wurden, die zu einem Sinken der Anlagendeckung führen. Die natürlichen Personen und die Personengesellschaften wiesen mit 107 bzw. 104% den höchsten Deckungsgrad auf. Die Kapitalgesellschaften deckten 87% des Anlagevermögens durch eigene Mittel. Die Abweichungen sind auf die unterschiedliche Bedeutung des Anlagevermögens und die Art und Weise der Kapitalbeschaffung zurückzuführen. Eine besonders niedrige Deckungsquote hatten neben den Betrieben im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts auch die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, bei denen die eigenen Mittel 67% des Anlagevermögens ausmachten.

Den höchsten Deckungsgrad hatten die freien Berufe der Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung (192%) gefolgt vom Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (160%), den Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnlichen Institute (143%). Das Anlagevermögen der Handelsbetriebe steht einem besonders hohen Bestand an Eigenmitteln gegenüber. Im verarbeitenden Gewerbe wurde das Anlagever-

mögen fast vollständig (97%) mit Eigenkapital finanziert.

Liquidität gegenüber 1974 leicht verbessert

Die Liquiditätslage ist neben dem Deckungsgrad von besonderer Bedeutung für einen optimalen Mitteleinsatz. Deren Einschätzung ermöglicht es dem Unternehmen zu verhindern, daß einerseits Kapitalteile brachliegen und dadurch die Rentabilität geschmälert und andererseits eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet wird. Die Ergebnisse der Einheitswertstatistik lassen die Erstellung eines relativ groben Liquiditätsmaßstabes durch die Gegenüberstellung von Umlaufvermögen und Fremdkapital zu. Die Liquiditätsanalyse kann deshalb nur bestandsorientiert, das heißt statisch sein. Ihre Aussagekraft ist eingeschränkt, da die genauen Fälligkeitstermine der Schulden und die genauen Monetisierungstermine der Vermögensteile unbekannt sind. Darüber hinaus sind laufende Ausgaben für Löhne und Gehälter, für Ersatzbeschaffung von Anlagen und Vorräten und Verpflichtungen aufgrund von Leasing-Verträgen unberücksichtigt.

Die Ergebnisse zeigen eine gleichförmige Entwicklung von Liquidität und Anlagendeckung. Betriebe mit hoher Liquidität weisen auch eine hohe Anlagendeckung auf. So zeichneten sich die natürlichen Personen wie die Personengesellschaften durch eine überdurchschnittlich gute Liquiditätslage aus, die sich gegenüber 1974 geringfügig verbesserte, im Vergleich zu 1972 aber etwas ungünstiger war.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Außenhandel mit dem Nahen Osten

Wirtschaftsbeziehungen haben überdurchschnittlich zugenommen

In den letzten acht Jahren haben unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten des Nahen Ostens besonders stark zugenommen. Der Vergleich mit dem Jahre 1973 wurde gewählt, weil dies das letzte Jahr ist, bevor sich die drastischen Preissteigerungen für Rohöl auf die Wirtschaft und insbesondere den Außenhandel auswirkten. Den Staaten des Nahen Ostens kommt bei der Rohölförderung eine dominierende Rolle zu. Es handelt sich einmal um die der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) angehörenden Staaten Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Hinzu kommen Zypern, der Libanon, Syrien, Israel, Jordanien, Bahrein, Oman sowie der Nord- und Süd-Jemen. Zu den bedeutendsten Handelspartnern dieser Region zählen neebn der Bundesrepublik die Vereinigten Staaten und Japan. Der Preis für eine Tonne Importöl erhöhte sich zwischen 1973 und 1981 auf das 7,5fache.

Die Ölförderländer wurden damit in die Lage versetzt, ihren Bedarf an Investitionsgütern bei den westlichen Industriestaaten zu decken. Die rheinland-pfälzische Industrie, welche vergleichsweise stark exportorientiert ist, wird von dieser Entwicklung sehr begünstigt. Während im Jahre 1981 im Bundesdurchschnitt ein Viertel der Industrieumsätze im Ausland erzielt wurde, waren es in Rheinland-Pfalz 35%.

Im Jahre 1973 gingen 4,2% der rheinland-pfälzischen Ausfuhr in den Nahen Osten. Im Jahre 1981 erhöhte sich dieser Anteil auf fast 16%. Gleichzeitig stieg die Beteiligung dieser Staaten an unseren Importen von 2,1 auf 4,8%. Eine noch höhere Quote war 1980 festzustellen, wobei zu berücksichtigen ist, daß von 1980 auf 1981 die Staaten des Nahen Ostens ihre Rohölproduktion drosselten und gleichzeitig eine Wieder-

aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar erfolgte.

Im Jahre 1981 bestanden über neun Zehntel der rheinland-pfälzischen Exporte in den Nahen Osten aus Enderzeugnissen. Von der Einfuhr aus diesen Staaten waren mehr als drei Viertel Rohstoffe.

Drei Viertel der Ausfuhren sind Kraftfahrzeuge

Zwischen 1973 und 1981 stiegen die rheinland-pfälzischen Exporte in den Nahen Osten auf fast das 9,5fache, aus dem Bundesgebiet auf das 5,6fache. Gemessen an der Entwicklung der Gesamtausfuhr sind dies weit überdurchschnittliche Steigerungen. Von den im Jahre 1981 aus Rheinland-Pfalz in den Nahen Osten exportierten Gütern gelangten 42% in den Irak, nach Saudi-Arabien 22% und 10% in den Iran.

Im Jahre 1981 erhielt der Nahe Osten für mehr als 4,1 Mrd. DM rheinland-pfälzische Waren. Über drei Viertel des Wertes entfielen auf Kraftfahrzeuge. Über diesem Durchschnitt liegende Anteile hatten Katar (93%), Irak (87%), Kuwait (83%), Jordanien (80%) und Saudi-Arabien (78%). Über 46% der aus dem Bundesgebiet gelieferten Kraftfahrzeuge kamen aus Rheinland-Pfalz.

Während sich im Vergleich zu 1970 die Beschäftigtenzahlen der meisten übrigen rheinland-pfälzischen Industriezweige nur unbedeutend veränderten oder sogar rückläufig waren, stieg der Anteil des Straßenfahrzeugbaues, bezogen auf die Zahl der Arbeitskräfte des verarbeitenden Gewerbes von rund 8 auf fast 12%. Damit schuf diese Wachstumsbranche rund 12 000 Arbeitsplätze, während sich gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Industrie um 34 000 reduzierte. Die Schwerpunkte der Straßenfahrzeugherstellung befinden sich in Wörth am Rhein und in Kaiserslautern, wobei insbesondere die LKW-Pro-

Außenhandel mit den Staaten des Nahen Ostens 1973 und 1981

Staat	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet			
	1973		1981		1973		1981	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	1 000 DM							
Zypern	3 841	495	6 589	559	114 994	48 946	244 429	59 739
Libanon	16 611	2 352	64 238	25	345 254	46 122	502 416	12 887
Syrien	13 303	1 297	141 862	1 715	203 705	62 580	990 345	337 615
Irak	12 077	661	1 726 701	7	112 860	144 865	6 568 369	176 795
Iran	181 024	7 828	405 835	3 631	1 885 779	1 686 498	3 652 304	1 527 236
Israel	88 136	10 377	139 248	62 934	928 526	406 700	1 724 425	1 076 230
Jordanien	3 910	-	279 632	11	74 859	949	964 613	13 689
Saudi-Arabien	80 680	107 956	904 389	589 387	333 598	1 923 336	6 196 398	14 568 908
Kuwait	32 649	163	178 236	145 313	186 060	321 239	1 409 854	623 148
Bahrein	395	-	4 609	123	27 984	3 044	196 319	12 127
Katar	1 568	2	72 134	1 274	27 068	61 713	294 958	204 832
Vereinigte Emirate	-	-	139 166	57 312	74 337	651 719	1 400 884	2 281 148
Oman	488	-	17 622	-	20 496	480	220 905	1 557 545
Nord Jemen	1 795	-	29 439	-	25 448	1 782	175 960	1 449
Süd Jemen	238	-	306	-	12 877	4 667	46 319	1 097
Insgesamt	436 715	131 131	4 110 006	862 291	4 373 845	5 364 640	24 588 498	22 454 445

Außenhandel der gewerblichen Wirtschaft mit den Staaten des Nahen Ostens nach Gütergruppen 1980 und 1981

Wirtschaftsraum Land	Gewerbliche Wirtschaft		Rohstoffe		Halbwaren		Vorerzeugnisse		Enderzeugnisse	
	1980	1981	1980	1981	1980	1981	1980	1981	1980	1981
	1 000 DM									
Ausfuhr										
Zypern	5 039	6 487	73	603	85	399	1 262	1 005	3 619	4 481
Libanon	54 595	62 754	97	87	160	3 466	8 610	5 775	45 727	53 427
Syrien	53 294	141 241	491	181	490	613	3 894	11 781	48 419	128 665
Irak	982 990	1 726 611	1 590	380	4 189	6 993	16 046	28 036	961 165	1 691 202
Iran	193 781	405 824	904	460	6 756	8 827	37 580	115 234	148 540	281 303
Israel	100 886	138 765	237	261	1 636	2 235	51 895	71 540	47 118	64 729
Jordanien	67 039	279 283	52	392	539	1 081	4 898	7 152	61 550	270 659
Saudi-Arabien	467 782	889 429	303	1 036	2 105	2 833	17 865	40 739	447 509	844 822
Kuwait	129 126	176 970	6	20	2 441	804	6 966	7 090	119 713	169 056
Bahrein	3 506	4 265	512	-	195	33	357	1 222	2 442	3 010
Katar	15 968	71 990	-	3	-	182	670	1 179	15 298	70 627
Vereinigte Emirate	67 348	138 382	378	451	585	1 129	6 482	9 607	59 902	127 195
Oman	11 080	17 436	132	-	20	2	228	1 394	10 700	16 040
Nord Jemen	4 852	29 439	-	-	69	14	1 049	1 689	3 734	27 736
Süd Jemen	1 340	305	-	-	1	-	273	137	1 066	167
Insgesamt	2 158 626	4 089 181	4 775	3 874	19 271	28 611	158 075	303 580	1 976 502	3 753 119
Einfuhr										
Zypern	152	408	90	290	-	-	-	-	62	118
Libanon	37	25	-	-	-	-	-	19	36	6
Syrien	21 488	1 715	92	1 294	20 853	-	1	2	543	419
Irak	417	1	406	-	-	-	-	-	11	1
Iran	113 659	3 619	106 396	22	-	2	6 831	2 804	432	790
Israel	44 473	48 849	14 611	21 709	9 986	6 681	11 625	8 706	8 251	11 753
Jordanien	-	11	-	-	-	-	-	-	-	11
Saudi-Arabien	461	589 387	451 524	578 201	9 568	9 377	3	301	42	1 508
Kuwait	35 678	145 313	19 631	-	15 821	144 776	164	292	63	245
Bahrein	10	123	-	-	-	-	-	-	10	123
Katar	25 918	1 274	25 918	1 274	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Emirate	399 675	57 312	398 058	55 734	43	82	1 491	1 280	84	216
Oman	52 948	-	52 907	-	-	-	-	-	-	-
Nord Jemen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Süd Jemen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	694 916	848 037	1 069 633	658 524	56 271	160 918	20 116	13 404	9 534	15 190

duktion in Würth diesen Export bestimmt. Von dem im Jahre 1981 erzielten Umsatz des Straßenfahrzeugbaues entfiel mehr als die Hälfte auf den Auslandsumsatz (Durchschnitt 35%).

Bei den Ausfuhren in den Nahen Osten kommt den Maschinen nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Auch die rheinland-pfälzischen Lieferungen in den technisch vergleichsweise weit entwickelten Iran, die

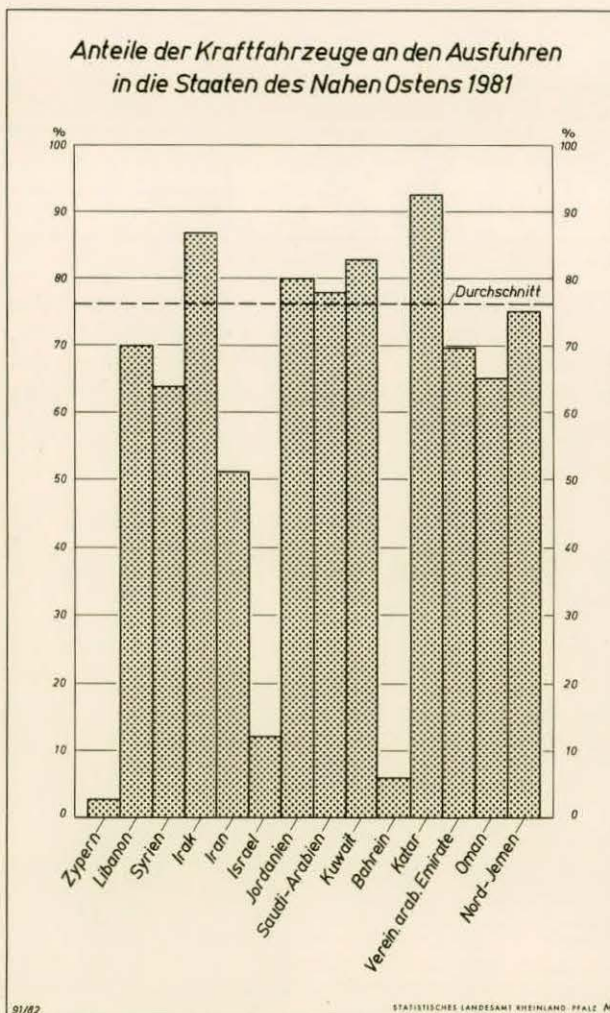
Ausfuhr in die Staaten des Nahen Ostens 1980 und 1981

Staat	Insgesamt			Kraftfahrzeuge				
	1980	1981	Ver- änderung	1980	1981	Anteil an Ausfuhr		Anteil am Bundesgebiet 1981
						1980	1981	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%				
Zypern	5 127	6 589	28,5	139	180	2,7	2,7	0,6
Libanon	54 665	64 238	17,5	37 918	44 998	69,4	70,0	36,5
Syrien	53 294	141 862	166,2	28 087	90 323	52,7	63,7	36,0
Irak	984 004	1 726 701	75,5	789 406	1 497 775	80,2	86,7	55,5
Iran	197 003	405 835	106,0	101 591	207 448	51,6	51,1	33,1
Israel	101 059	139 248	37,8	8 863	16 721	8,8	12,0	7,1
Jordanien	67 093	279 632	316,8	50 484	223 590	75,2	80,0	52,5
Saudi-Arabien	473 983	904 389	90,8	371 751	703 572	78,4	77,8	49,6
Kuwait	129 170	178 236	38,0	103 658	147 534	80,2	82,8	37,9
Bahrain	3 760	4 609	22,6	96	274	2,6	5,9	1,1
Katar	16 077	72 134	348,7	13 098	66 749	81,5	92,5	51,2
Vereinigte Emirate	68 082	139 166	104,4	46 495	97 005	68,3	69,7	34,0
Oman	11 300	17 622	55,9	8 290	11 483	73,4	65,2	16,5
Nord Jemen	5 304	29 439	455,0	1 836	22 091	34,6	75,0	72,9
Süd Jemen	1 562	306	- 80,4	37	-	2,4	-	-
Insgesamt	2 171 483	4 110 006	89,3	1 561 749	3 129 743	71,9	76,1	46,4

Staat	Insgesamt			Erdöl roh				
	1980	1981	Ver- änderung	1980	1981	Anteil an Einfuhr		Anteil am Bundesgebiet 1981
	1 000 DM		%	1 000 DM		1980	1981	
Zypern	284	559	96,8	-	-	-	-	-
Libanon	37	25	- 32,4	-	-	-	-	-
Syrien	21 488	1 715	- 92,0	-	-	-	-	-
Irak	454	7	- 98,5	406	-	89,4	-	-
Iran	113 659	3 631	- 96,8	106 396	-	93,6	-	-
Israel	52 067	62 934	20,9	-	-	-	-	-
Jordanien	-	11	.	-	-	-	-	-
Saudi-Arabien	461 137	589 387	27,8	451 524	578 179	97,9	98,1	4,1
Kuwait	35 678	145 313	307,3	19 631	-	55,0	-	-
Bahrain	10	123	.	-	-	-	-	-
Katar	25 918	1 274	- 95,1	25 918	1 274	100,0	100,0	0,6
Vereinigte Emirate	399 675	57 312	- 85,7	398 058	55 734	99,6	97,2	2,5
Oman	52 948	-	- 100,0	52 907	-	99,9	-	-
Nord Jemen	-	-	-	-	-	-	-	-
Süd Jemen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 163 355	862 291	- 25,9	1 054 840	635 187	90,7	73,7	3,2

im Jahre 1981 knapp 10% unserer Exporte in den Nahen Osten ausmachten, bestanden zu mehr als der Hälfte aus Kraftfahrzeugen. Es folgten Eisenblech und chemische Vorerzeugnisse mit je 11% sowie Maschinen mit 10%. Die von Griechen und Türken bewohnte

Insel Zypern war im Jahre 1981 mit 6,6 Mill. DM nur relativ geringfügig an den Ausfuhren unseres Landes beteiligt. An der Spitze dieser Lieferungen lagen Maschinen mit 27%. Von den für Israel bestimmten rheinland-pfälzischen Exportgütern waren ein Drittel chemische Vorerzeugnisse.



Rohöllieferungen bestimmten die Importe

Zwischen 1973 und 1981 stiegen die rheinland-pfälzischen Einfuhren aus dem nahen Osten auf das 6,6-fache, die des Bundesgebietes auf das 4,2fache. Im Jahre 1981 führte Rheinland-Pfalz für 0,9 Mrd. DM Waren aus diesen Staaten ein, wovon 74% Rohöl waren (1980: 1,2 Mrd. DM bzw. 91%). Infolge des hohen Preisanstieges für Importöl ging die eingeführte Ölmenge zwischen 1973 und 1981 merklich zurück.

Im Jahre 1981 importierte Rheinland-Pfalz für mehr als 0,6 Mrd. DM Rohöl aus dem Nahen Osten. Bei einer überdurchschnittlichen Beteiligung des Erdöls von 75% an den Warenlieferungen aus diesen Staaten, bestanden die Einfuhren aus Katar ausschließlich aus Rohöl, ebenso die aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Während im Jahre 1980 die Ölimporte aus Irak und Iran noch mehr als ein Zehntel der Rohöllieferungen des Nahen Ostens ausgemacht hatten, sind sie im Jahre 1981 infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Staaten bedeutungslos geworden.

Aus dem Iran kamen im Jahre 1981 nur noch für 3,6 Mill. DM Güter nach Rheinland-Pfalz. Annähernd drei Viertel waren Gewebe aus Wolle und anderem Tierhaar. Es folgten pharmazeutische Erzeugnisse mit 20%. Israel war 1981 an den Importen aus dem Nahen Osten mit 7,3% beteiligt. Als wichtigste Produkte aus diesem Staat erwiesen sich Gemüse- und Obstkonserven sowie Fruchtsäfte. Bei den Einfuhren aus Zypern überwogen Steine- und Erdenerzeugnisse. Von Bedeutung waren hier auch Spinnstoffe, Kleidung und Obst.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 642	3 641	3 642	3 639	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	2 642	2 466	2 520	1 882 ^p	2 905 ^p	2 249 ^p	2 708 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	8,5	8,2	8,1	6,3 ^p	9,4 ^p	7,5 ^p	8,8 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	3 089	3 177	3 261	3 027 ^p	2 762 ^p	3 347 ^p	3 144 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	10,0	10,6	10,5	10,1 ^p	8,9 ^p	11,2 ^p	10,2 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 714	3 529	3 650	3 650 ^p	3 388 ^p	3 842 ^p	3 605 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	12,0	11,8	11,8	12,2 ^p	11,0 ^p	12,8 ^p	11,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	41	37	36	32 ^p	38 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	13,0	11,9	11,0	10,6 ^p	12,8 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 625	- 352	- 389	- 623 ^p	- 626 ^p	- 495 ^p	- 461 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 2,0	- 1,2	- 1,3	- 2,1 ^p	- 2,0 ^p	- 1,7 ^p	- 1,5 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	6 459	7 254	9 370	7 319	6 360
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	1 565	1 724	2 183	1 559	1 478
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	3 640	4 008	4 921	3 992	3 543
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	6 340	7 175	7 979	7 035	5 952
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 423	1 781	1 667	1 638	1 322
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	3 762	3 855	4 786	4 274	3 252
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	119	79	1 391	284	408
Ausländer	Anzahl	1 017	285	142	- 57	516	- 79	156
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	- 122	153	135	- 282	291
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	9 596	10 650	12 802	10 387	9 452
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	61 470	65 686	70 565	91 219	87 415	86 581	94 460
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	29 998	31 397	33 695	50 001	47 518	46 517	50 203
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	862	896	1 001	.	.	1 276	.
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	3 434	3 282	3 397	.	.	6 254	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	23 616	24 720	25 755	.	.	34 044	.
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	4,6	4,9	5,3	6,7	6,4	6,2	6,7
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	12 272	12 017	11 308	7 123	6 587	6 604	6 072
Männer	Anzahl	10 047	6 714	7 624	7 359	6 977	4 265	3 777	3 792	3 497
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	559	550	483	.	.	290	.
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	736	669	723	.	.	382	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	4 283	4 093	3 864	.	.	2 170	.
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	17 287	12 827	9 357	25 677	22 050	22 980	17 067
Männer	Anzahl	6 245	13 176	11 155	8 750	6 804	19 371	16 257	17 051	12 632
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655	.	691	.	.	.	654	.
* Milchkühe	1 000	235	228	.	235	.	.	.	223	.
* Schweine	1 000	695	646	.	.	.	665	.	.	.
Mastschweine	1 000	243	223	.	.	.	208	.	.	.
Zuchtsauen	1 000	78	75	.	.	.	75	.	.	.
Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	.	.	47	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	15 012	15 043	14 635	16 012	14 535	14 556	14 381
* Kälber	Anzahl	369	327	310	308	277	376	357	303	278
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	111 339	112 568	104 683	110 794	109 640	118 308	105 329
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	9 232	6 365	5 615	10 758	8 714	6 406	5 156
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 061	13 893	13 465	13 518	12 634	13 812	13 251	13 796	12 645
* Kälber	t	4 806	4 815	4 351	4 395	4 230	4 648	4 226	4 250	4 161
* Schweine	t	9 134	8 954	8 996	9 005	8 291	9 030	8 914	9 441	8 384
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	38	41	24	124	62	39	59
Milch										
* Milchherzeugung	1 000 t	80	78	92	86	86	82	91	87	87
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	95,4	95,7	95,7	95,3	95,9	95,9	96,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	12,6	12,2	11,8	12,0	12,8	12,7	12,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 900	2 896	2 892	2 849	2 844	2 841	...
* Beschäftigte	1 000	397	391	389	390	391	380	379	378	...
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	274	275	276	266	265	264	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	38 297	35 757	36 205	39 075	37 469	36 550	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 149	1 160	1 131	1 079	1 084	1 208	...
* Löhne	Mill. DM	664	682	699	699	708	647	643	713	...
* Gehälter	Mill. DM	418	443	450	461	423	432	441	495	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	82	88	86	74	79	88	81	60	...
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	153	154	180	184	160	156	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	128	110	105	135	113	111	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	16	13	12	20	16	12	...
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	112	97	93	115	97	99	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	995	960	980	1 004	965	943	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	206	192	194	211	190	169	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	5 855	5 904	5 989	6 469	6 195	6 281	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 013	2 150	2 112	2 355	2 264	2 252	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	144	138	120	139	137 ^P	138 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	145	140	123	143	139 ^P	140 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	143	138	121	141	136	138	125 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	139	132	122	139	132	138	126 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	124	119	105	101	106	111	100 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	127	119	110	133	123	130	117 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	162	153	129	164	161	162	143 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV-Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	154	167	118	151	159	174	142 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	129	119	101	120	116	110	100 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	61	34	51	60	59	47	44 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	146	168	135	138	140	144	135 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	136	130	104	120	126	126	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	.	102	.	.	.	99	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	133	132	.	135	.	.	.	133	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	302	257	202	199	159	145	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 123	2 212	1 932	2 005	2 073	2 181	2 119	2 127	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	870	900	733	872	843	769	771	807	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 483	1 375	1 417	1 611	1 508	1 465	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	...
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	244	216	223	306	271	197	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	231	209	216	289	260	190	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 589	74 863	74 916	69 483 ^P	69 919 ^P	71 205 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	39 453	40 448	39 865	36 994 ^P	37 501 ^P	39 101 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	17 320	17 124	17 516	15 172 ^P	15 300 ^P	15 118 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	9 865	9 442	9 057	8 983 ^P	8 907 ^P	9 328 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	6 339	6 027	5 604	5 548 ^P	5 481 ^P	5 757 ^P	...
Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	4 141	4 001	3 501	3 616 ^P	3 547 ^P	3 696 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	78	59	61	52 ^P	75 ^P	93 ^P	...
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	2 120	1 967	2 042	1 880 ^P	1 859 ^P	1 968 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 526	3 415	3 453	3 435 ^P	3 426 ^P	3 571 ^P	...
Hochbau	1 000	707	679	702	680	667	790 ^P	745 ^P	800 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	2 824	2 735	2 786	2 645 ^P	2 681 ^P	2 771 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 577	1 486	1 490	1 394 ^P	1 478 ^P	1 515 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	188	196	198	178 ^P	186 ^P	195 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	154	152	163	169	173	153 ^P	160 ^P	167 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	24	26	25	27	25	25 ^P	26 ^P	28 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	565	611	502	445 ^P	507 ^P	575 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	1 231	1 210	1 249	850	880	898	975
* mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	840	782	862	577	579	557	638
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	347	346	340	219	233	260	259
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	44	82	47	54	68	81	78
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	1 235	1 272	1 247	913	962	1 031	1 084
* Wohnfläche	1 000 qm	210	180	198	206	202	148	154	168	177
Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	9 200	9 726	9 426	6 948	7 192	7 905	8 147
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	344	367	352	270	284	308	331
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	2	16	10	3	1	3	5
Unternehmen	Anzahl	200	148	116	156	204	88	81	66	91
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	1 113	1 038	1 035	759	798	829	879
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	176	187	166	134	127	169	199
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	722	816	853	365	636	588	693
* Nutzfläche	1 000 qm	157	129	127	146	134	67	123	104	123
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	146	150	127	71	135	112	120
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	47	30	28	25	26	23	23
Unternehmen	Anzahl	157	143	127	155	135	108	97	141	173
Private Haushalte	Anzahl	31	4	2	2	3	1	4	5	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	2 028	2 221	2 066	1 605	1 749	2 110	2 174
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	1 855	2 250	2 228	2 519	2 199	2 106	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	111	112	133	150	137	138	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	1 744	2 138	2 095	2 368	2 062	1 968	...
* Rohstoffe	Mill. DM	17	20	23	22	22	22	20	21	...
* Halbwaren	Mill. DM	98	134	133	147	141	148	109	141	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 588	1 970	1 933	2 198	1 933	1 807	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	566	584	591	695	587	588	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 021	1 386	1 342	1 503	1 346	1 219	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	837	904	845	883	857	1 001	904	952	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	150	168	143	173	150	152	...
Dänemark	Mill. DM	30	32	28	31	26	33	36	36	...
Frankreich	Mill. DM	250	264	251	255	256	300	270	293	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	24	27	22	21	24	17	...
Großbritannien	Mill. DM	115	131	116	136	129	151	139	146	...
Irland	Mill. DM	7	7	7	7	8	8	7	7	...
Italien	Mill. DM	154	157	139	144	148	171	148	151	...
Niederlande	Mill. DM	126	137	131	115	125	143	129	151	...
Österreich	Mill. DM	86	90	78	89	86	86	87	83	...
Schweiz	Mill. DM	85	91	87	84	85	103	85	89	...
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	100	101	97	110	105	85	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	436	723	748	786	650	539	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	91	81	101	102	80	91	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 315	1 370	1 494	1 579	1 466	1 572	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	180	157	175	207	172	192	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 135	1 213	1 319	1 372	1 294	1 380	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	712	757	712	721	741	777	742	783	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	168	178	194	248	200	245	...
Dänemark	Mill. DM	12	12	11	11	8	12	11	11	...
Frankreich	Mill. DM	199	198	191	178	184	184	172	190	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	9	9	8	13	7	8	...
Großbritannien	Mill. DM	54	43	33	41	33	40	33	40	...
Irland	Mill. DM	6	4	3	4	5	3	2	2	...
Italien	Mill. DM	108	131	109	129	137	134	148	118	...
Niederlande	Mill. DM	147	181	188	171	171	143	168	169	...
Österreich	Mill. DM	48	45	39	40	50	49	44	50	...
Schweiz	Mill. DM	23	26	26	26	27	25	29	25	...
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	98	121	114	127	115	113	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	314	311	343	427	352	361	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	28	60	85	49	61	132	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	220
Waren verschiedener Art	1970 = 100	241
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	220
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	195
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	224
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	204
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	148
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	115
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	138
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	139
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97
Teilbeschäftigte	1970 = 100	136
* Umsatz	1970 = 100	153
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	172
Gaststättengewerbe	1970 = 100	140
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	571	522	552	398	551	511	...
* Ausländer	1 000	76	73	104	105	142	57	89	96	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	1 897	2 052	2 412	1 426	1 894	1 926	...
* Ausländer	1 000	242	222	280	323	508	156	235	273	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 613	1 505	1 452	1 566	1 655	1 574	1 484	1 554	1 592
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 465	1 412	1 454	1 429	1 307	1 508	1 432
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	15 420	14 121	13 425	17 808	14 845	14 101	12 577
Krafträder und Motorroller	Anzahl	740	1 342	1 883	1 861	1 684	3 064	2 197	1 980	1 744
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	11 516	11 125	12 493	11 317	10 806	13 780	11 763	11 254	10 018
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	623	535	524	531	492	499	431
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	297	276	303	309	244	288	291
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 237	9 259	9 395	8 681	8 169	8 482	9 430	9 359	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	2 150	2 086	1 912	1 713	2 156	2 094	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 306	7 440	7 245	6 595	6 257	6 769	7 274	7 265	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 975	2 906	2 600	2 337	2 938	2 828	...
* Getötete	Anzahl	70	62	79	87	61	63	63	52	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	32	36	49	22	32	18	27	...
Fußgänger	Anzahl	15	11	13	8	11	11	16	5	...
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 896	2 819	2 539	2 274	2 875	2 776	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 494	1 452	1 252	1 209	1 352	1 335	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	238	202	173	226	258	216	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	964	952	845	733	895	894	...
Pkw - Insassen	Anzahl	417	385	481	461	357	346	386	390	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	104	78	70	96	100	94	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	60 428	61 483	61 487	64 608	64 541	65 554	65 801
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	59 131	60 169	60 187	63 173	63 348	64 108	64 247
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	48 227	49 212	49 302	51 586	51 836	52 536	52 694
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	10 904	10 957	10 866	11 586	11 512	11 572	11 553
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	12 683	13 386	13 267	14 146	14 154	14 847	14 767
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 328	12 863	12 729	13 387	13 394	13 931	13 780
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	354	523	538	759	760	916	987
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 548	7 634	7 551	8 248	8 306	8 357	8 500
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 045	6 200	6 178	6 598	6 684	6 743	6 855
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 503	1 435	1 373	1 650	1 622	1 614	1 645
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	38 901	39 149	39 350	40 779	40 888	40 904	40 980
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	29 853	30 150	30 395	31 602	31 758	31 862	32 059
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	9 047	8 999	8 955	9 177	9 130	9 042	8 921
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	49 459	49 520	49 451	52 972	53 667	53 450	53 533
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	7 038	7 063	6 743	6 986	7 198	7 292	7 261
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 338	6 507	6 258	6 313	6 587	6 725	6 684
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	700	556	485	673	611	567	578
Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	17 228	17 427	17 920	19 381	19 777	19 372	19 587
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	15 594	15 848	16 442	18 006	17 932	17 864	18 064
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 634	1 578	1 478	1 375	1 845	1 508	1 524
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	25 193	25 030	24 787	26 606	26 692	26 786	26 684
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 491	14 387	14 257	15 606	15 674	15 738	15 691
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 286	1 450	1 098	1 189	1 514	1 500	1 215	1 366	1 692
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 292	1 395	1 786	1 488	1 130	1 272	1 801
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	37	51	41	41	51	78	66	53	63
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	17 577	21 648	33 878	25 241	26 832	18 946	50 756
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	-	-	1	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	1 004	1 032	1 146	1 290	1 054	1 158	1 235
* Wechselsumme	1 000 DM	6 823	8 170	7 130	16 058	8 484	8 191	6 503	7 862	8 428
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	1 075 822	1 236 604	906 076	728 495	1 108 178	1 274 946	907 509
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	699 777	932 460	581 389	385 554	720 046	968 801	561 219
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	515 079	524 985	643 693	376 803	457 355	373 580	678 968	400 217	482 763
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	279 960	-	-	-	293 044	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	7 947	366 107	15 779	- 24 998	- 16 278	377 999	- 26 346
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	12 009	9 357	87 649	10 384	11 218	8 005	89 406
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	87 141	81 540	36 128	180 193	20 604	26 588	46 138	182 580	15 396
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	25 808	-	-	-	30 477	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	376 045	304 144	324 687	342 941	388 132	306 145	346 290
* Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	223 672	178 966	211 568	201 920	254 676	159 544	209 546
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	152 373	125 178	113 119	141 021	133 456	146 601	136 744
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	179 354	184 952	136 602	160 514	156 524	187 193	131 033
* Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	11 896	8 078	7 760	9 671	8 986	10 310	10 623
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	165 324	175 349	126 518	148 182	145 352	173 315	118 481
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	91 249	60 320	73 902	57 808	92 608	72 130	70 364
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	38 623	3 273	7 512	2 653	40 353	3 783	2 708
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	32 838	36 616	47 923	38 200	33 779	47 695	45 914
* Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	6 664	6 539	7 622	6 211	5 713	7 057	8 092
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	491 895	456 688	.	424 521
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	6 859
* Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	57 143
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	322 314
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	5 573	208	.	262
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	28 616

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	727 780	807 125	642 578	538 893	692 997	885 326	574 536
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	300 054	410 066	253 842	163 198	309 586	427 263	204 587
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	247 698	212 054	214 247	180 068	226 385	270 870	200 004
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	674	53	37 887	35 113	502	-	38 912
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	550 854	612 694	507 488	413 499	587 820	635 857	500 417
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	298 177	409 065	252 603	165 011	308 378	424 906	243 802
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	149 716	160 754	143 256	143 096	155 567	186 332	138 821	147 339
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	674	53	37 887	35 113	502	-	38 912
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	.	631 160
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	.	246 532
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	.	282 422
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	123,3	123,9	124,4	129,0	129,8	131,1	131,4
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,9	118,8	118,5	124,5	125,6	128,6	128,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1976 = 100	134,1	142,0	142,4	.	.	.	146,4	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	.	.	584	595
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	.	.	620	632
* Facharbeiter	DM	617	648	.	.	656	669
* Angelernte Arbeiter	DM	555	579	.	.	587	595
* Hilfsarbeiter	DM	475	497	.	.	507	510
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	.	.	420	429
* Hilfsarbeiter	DM	373	397	.	.	402	414
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	.	.	14,01	14,52
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	.	.	14,74	15,28
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	.	.	15,54	16,07
* Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	.	.	13,98	14,47
* Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	.	.	12,19	12,58
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	.	.	10,58	10,97
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	.	.	10,15	10,59
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	.	.	41,7	41,0
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	.	.	42,1	41,4
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	.	.	39,7	39,1
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 819	2 983	.	.	3 002	3 128
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 521	2 657	.	.	2 665	2 784
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 085	3 232	.	.	3 243	3 381
* männlich	DM	1 987	2 112	.	.	2 120	2 215
* weiblich	DM	3 515	3 709	.	.	3 760	3 868
* Technische Angestellte	DM	3 598	3 795	.	.	3 847	3 961
* männlich	DM	2 409	2 579	.	.	2 613	2 672
* weiblich	DM	3 268	3 454	.	.	3 492	3 607
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 951	3 119	.	.	3 140	3 271
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 490	3 690	.	.	3 711	3 866
* männlich	DM	2 313	2 438	.	.	2 468	2 551
* weiblich	DM	3 572	3 767	.	.	3 821	3 913
* Technische Angestellte	DM	3 646	3 846	.	.	3 900	3 998
* männlich	DM	2 510	2 670	.	.	2 707	2 752
* weiblich	DM	2 264	2 373	.	.	2 372	2 480
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 249	2 357	.	.	2 357	2 458
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 778	2 871	.	.	2 878	2 984
* männlich	DM	1 816	1 935	.	.	1 933	2 030
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 655	61 657	61 666	61 674
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 900 ^p	29 874 ^p	42 614 ^p	37 704 ^p	25 431 ^p	29 189 ^p	45 885 ^p	37 447 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	51 728 ^p	51 192 ^p	50 404 ^p	53 249 ^p	54 915 ^p	50 346 ^p	48 795 ^p	53 877 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	59 931 ^p	58 344 ^p	58 582 ^p	58 743 ^p	67 872 ^p	59 863 ^p	57 607 ^p	61 040 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 7 788	- 8 203 ^p	- 7 152 ^p	- 8 178 ^p	- 5 494 ^p	- 12 957 ^p	- 9 517 ^p	- 8 812 ^p	- 7 163 ^p
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 146	1 110	1 126	1 811	1 710	1 646	1 650
Männer	1 000	426	652	573	542	546	1 040	945	898	894
Offene Stellen	1 000	308	208	242	242	236	134	128	120	118
Männer	1 000	198	127	149	147	142	79	75	69	68
Kurzarbeiter	1 000	137	347	360	340	317	551	491	455	429
Männer	1 000	98	239	238	224	207	426	367	328	317
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	23 274	.	.	.	22 814	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	370	364	382	390
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt ohne Baugewerbe	1970 = 100	123	121	129	130	128	122	127	128	123
	1970 = 100	125	124	131	131	129	127	131	130	125
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	128	128	127	124	128	128	124
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	122	119	126	126	124	123	127	126	122
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	132	134	133	129	132	134	129
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	122	120	115	115	118	115	110
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	137	139	143	128	138	139	135
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	113	123	120	82	100	108	105
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 502	7 481	7 475	7 294	7 263	7 239	7 233
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	747	717	697	777	724	683	679
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	102 604	99 995	103 310	118 745	109 507	103 770	109 130
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	26 157	25 905	27 227	33 197	30 070	28 526	30 727
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	23 784	22 855	21 149	28 370	24 790
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	2 912	2 852	2 932	2 976	2 912
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 248	1 248	1 252	1 110 ^p	1 137 ^p	1 143 ^p	1 154 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	161	154	154	133 ^p	140 ^p	136 ^p	142 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	8 424	9 376	9 935	7 038 ^p	7 612 ^p	8 115 ^p	9 376 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	15 690	17 018	16 168	12 053	12 148	12 157	12 574
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	14 434	15 520	14 824	10 648	10 781	10 774	11 099
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 880	3 190	2 951	2 452	2 441	2 414	2 500
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	2 880	3 137	3 090	2 554	2 747	2 693	2 928
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	31 892	35 977	33 248	29 677	29 121	28 900	30 258
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	33 554	31 228	32 359	41 756	36 502	35 582	36 194
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	16 291	14 665	15 359	20 360	17 724	16 996	17 900
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 571	2 289	2 560	3 189	2 768	2 528	2 552
Dänemark	Mill. DM	556	627	638	585	628	833	733	687	677
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	4 813	4 105	4 205	5 822	5 200	5 068	5 698
Griechenland	Mill. DM	315	388	378	376	412	480	403	426	389
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	2 043	1 939	2 218	3 021	2 534	2 600	2 630
Irland	Mill. DM	111	140	146	131	130	192	154	149	133
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 761	2 579	2 508	3 255	2 822	2 777	2 878
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	2 940	2 662	2 698	3 567	3 110	2 761	2 943
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 687	1 640	1 572	1 994	1 801	1 707	1 675
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 785	1 610	1 642	2 097	1 882	1 716	1 772
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	2 246	2 238	2 430	2 869	2 594	2 717	2 498
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 315	5 883	5 619	5 207	5 734	7 157	6 122	5 989	5 684
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 750	1 696	1 572	1 997	1 632	1 727	1 704

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	30 270	29 685	30 623	35 360	33 063	30 585	31 426
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	14 158	13 871	14 476	17 588	16 168	14 972	14 862
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	2 032	1 951	2 127	2 408	2 308	2 073	2 218
Dänemark	Mill. DM	478	494	519	508	449	594	528	485	520
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 323	3 482	3 362	4 520	4 118	3 446	3 372
Griechenland	Mill. DM	230	246	225	201	283	268	195	247	229
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 020	1 907	2 248	2 417	2 427	2 360	2 291
Irland	Mill. DM	127	144	136	136	147	166	163	142	155
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 248	2 133	2 360	2 820	2 459	2 433	2 515
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	3 656	3 553	3 500	4 396	3 971	3 785	3 561
Österreich	Mill. DM	819	859	854	821	803	1 060	947	956	965
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	1 062	1 005	1 029	1 310	1 118	1 060	1 110
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 632	2 773	2 765	3 109	2 955	2 583	2 836
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	5 968	6 094	5 807	5 417	5 351	5 286	6 002
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 375	1 332	1 491	2 098	1 909	1 612	1 732
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 ^P	206,5 ^P	200,6 ^P	192,5 ^P	218,9 ^P	211,0 ^P	199,2 ^P	194,2 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 428	1 555	1 452	1 459	1 478	1 563	1 565	1 569	1 584 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 115	1 120	1 136	1 175	1 176	1 180	1 196 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	337	338	342	388	390	389	388 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 011	1 059	991	1 002	1 002	1 044	1 055	1 063	1 063 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	467	464	461	482	482	483	483 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	17 175	16 851	29 320	27 170	18 127	17 658	30 073
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	8 155	8 829	21 557	20 207	8 866	8 892	22 618
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	7 665	8 177	9 359	8 077	8 705	8 831	10 033
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	- 33	- 79	7 372	7 480	- 525	- 446	7 407
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	7 816	7 716	7 758	6 945	8 184	8 384	7 437
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	3 933	4 147	4 280	3 161	4 045	4 687	3 895
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 678	4 120	3 973	4 259	3 841	4 104	4 830
Zölle	Mill. DM	384	412	440	421	388	439	433	409	376
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	3 011	3 491	3 409	3 540	3 174	3 485	4 233
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	112,7	121,9	120,3	121,2	121,7	125,9	126,6	126,9 ^P	127,4 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	99,3	104,6	102,9	102,4	101,9	109,4	108,8	109,1 ^P	108,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	117,1	126,2	124,5	125,3	125,8	131,6	132,3	132,7	133,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	.	141,8	.	.	.	146,3	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	134,1	142,0	.	142,4	.	.	.	146,4	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	.	140,9	.	.	.	137,2	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	122,8	123,3	123,9	128,4	129,0	129,8	131,1
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,4	118,9	118,8	123,2	124,5	125,6	128,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	125,7	126,3	126,5	131,4	131,7	132,1	132,3
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	119,3	119,8	120,2	124,7	125,0	125,6	126,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	153,7	152,3	152,9	164,5	166,1	169,1	168,7
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	122,7	123,5	123,5	129,2	129,2	129,6	129,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	123,3	124,7	125,8	127,2	127,9	128,8	130,2
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	125,0	125,4	125,7	130,6	130,9	131,2	131,5
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	112,2	112,5	117,2	117,2	117,7	118,0	118,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	128,8	128,8	132,4	135,6	135,6	136,2	138,6

¹⁾ Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - ²⁾ Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - ³⁾ Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - ⁴⁾ Ohne Baunebenleistungen.

Produktion im Juli 1982 um 4% über Vorjahresniveau

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe erhöhte sich im Juli 1982 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 4%. Hauptstütze der Entwicklung war das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 10%), insbesondere die Elektrotechnik (+ 28%), der Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte (+ 20%) sowie die Stahlverformung (+ 16%). Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien weiteten ihren Ausstoß um 3% aus. Dagegen verzeichnete der Verbrauchsgüterbereich sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe keine Veränderung.

Im Ferienmonat Juli lag die Produktion (— 9%) deutlich unter dem Ergebnis des Vormonats. hel

Eigenkapitalanteil der Gewerbebetriebe mit 44% über dem Bundesdurchschnitt

Bei der Hauptfeststellung der Einheitswerte zum 1. Januar 1977 wurde von den rheinland-pfälzischen Finanzämtern bei 66 412 Gewerbebetrieben ein positiver Einheitswert von insgesamt 23 Mrd. DM festgestellt. Dieser Einheitswert ergibt sich, indem vom Rohbetriebsvermögen (107 Mrd. DM) die Schulden und sonstigen Abzüge (81 Mrd. DM) sowie die Vergünstigungen für Schachtelgesellschaften (3,2 Mrd. DM) subtrahiert werden. Die Bilanzsumme, die identisch mit dem Rohbetriebsvermögen ist, erhöhte sich seit 1974 um 37%. Im gleichen Umfang stiegen die Schulden und sonstigen Abzüge, wobei die kurzfristigen Verbindlichkeiten stärker expandierten als die mit längerer Laufzeit.

Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen 55% des gesamten Einheitswertes. Jeder Gewerbebetrieb verfügt damit im Schnitt über ein Reinvermögen von 866 000 DM, das seit dem vorhergehenden Stichtag um 46% gestiegen ist. Nahezu die Hälfte der Betriebe dieses Wirtschaftszweiges hatte einen Einheitswert von weniger als 50 000 DM. Nur 6% wiesen ein Reinvermögen von mehr als 1 Mill. DM auf. Im Handel, der zahlenmäßig am stärksten besetzt war, konzentrierten sich sogar 57% der Gewerbetreibenden auf die unterste Größenklasse.

Der Eigenkapitalanteil der Gewerbebetriebe betrug 43,5%. Er lag damit weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Im Bundesgebiet ist die Eigenkapitalquote seit 1963 gesunken, während in Rheinland-Pfalz diese Tendenz nicht festzustellen ist. Der Anteil der eigenen Mittel ist besonders hoch bei den Aktiengesellschaften (51%), aber auch die Einzelunternehmen haben mit 48% überdurchschnittliche Werte. Ungünstiger ist die Kapitalstruktur im Baugewerbe. Im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen wurden recht hohe Eigenkapitalquoten gemessen. Im Durchschnitt wiesen hier 1977 die Betriebe Eigenmittelanteile von 52,8% auf. la
Mehr über dieses Thema auf Seite 220

Handwerker verdienen 13,85 DM in der Stunde

Die rheinland-pfälzischen Handwerker verdienten im Mai 1982 in der Stunde brutto 13,85 DM. Das sind 4% mehr als im Mai 1981. Die Stundenverdienste der Vollgesellen stiegen um 3,7% auf 14,36 DM, die der Junggesellen reduzierten sich um 0,8% auf 10,88 DM.

Den höchsten Stundenlohn erreichten mit 14,95 DM die Vollgesellen im Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerk, die niedrigsten mit 13,74 DM die Bäcker. Die bezahlten Wochenstunden aller Handwerker gingen innerhalb von Jahresfrist um 0,4 Stunden auf 41,3 Stunden zurück. ze

Rückgang der Auftragseingänge im Ferienmonat Juli

Die Auftragseingänge in Industrie und Handwerk haben im Juli 1982 gegenüber dem Vormonat um 10,9% abgenommen. Dabei ist die Auslandsnachfrage (— 16,5%) wesentlich stärker gesunken als die Inlandsnachfrage (— 7%).

Besonders betroffen war das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (— 14,9%), hauptsächlich durch die schwache Ordertätigkeit der chemischen Industrie (— 19,9%). Im Investitionsgüterbereich gingen 10% weniger Aufträge ein. Die verhältnismäßig günstige Auftragslage im Verbrauchsgütersektor ist vor allem auf das Bekleidungsgewerbe (+ 21%) sowie die Druckereien (+ 8,1%) zurückzuführen.

In den ersten sieben Monaten 1982 wurde die Bestelltätigkeit des gleichen Vorjahreszeitraums um 2,9% übertroffen (Inland — 0,7; Ausland + 8,4%). hel

Mehr als drei Viertel der Ausfuhren in den Nahen Osten sind Kraftfahrzeuge

Im Jahre 1981 führte Rheinland-Pfalz für mehr als 4,1 Mrd. DM Güter in die Staaten des Nahen Ostens aus. Das sind fast 16% des gesamten Exports. 1973 hatte sich dieser Anteil erst auf 4,2% belaufen. Die Beteiligung dieser Länder an unseren Einfuhren stieg zwischen 1973 und 1981 von 2,1 auf 4,8%.

Von den im Jahre 1981 in den Nahen Osten exportierten rheinland-pfälzischen Produkten waren 76% Kraftfahrzeuge. Noch über diesem Durchschnitt bewegten sich die Lieferungen nach Katar (93%), dem Irak (87%), Kuwait (83%), Jordanien (80%) und Saudi-Arabien (78%). Annähernd die Hälfte der aus dem Bundesgebiet in den Nahen Osten ausgeführten Kraftfahrzeuge kam im Jahre 1981 aus Rheinland-Pfalz.

Im Jahre 1981 wurde aus dem Nahen Osten für nahezu 0,9 Mrd. DM importiert. Fast drei Viertel der Bezüge waren Rohöl. Für Rheinland-Pfalz waren 3,2% der Lieferungen in das Bundesgebiet bestimmt. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 228

Frischgemüse und Obst deutlich billiger

Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im August geringfügig ab. Verbilligt haben sich saisonal bedingt insbesondere einige Nahrungsmittel. Preiswerter als im Juli wurden vor allem Weintrauben (— 50%), Tafelbirnen (— 42%), Kartoffeln (— 28%), Zwiebeln (— 15%), Rotkohl (— 14%), Weißkohl (— 13%), Blumenkohl (— 10%) und Möhren (— 9%) angeboten.

Leicht verteuert hat sich dagegen leichtes Heizöl; im Landesmittel mußten für 100 Liter 75,55 DM (+ 0,9%) bezahlt werden. Der Literpreis für Normalbenzin (Markenware mit Selbstbedienung) blieb mit 1,38 DM (+ 0,2%) nahezu unverändert, während Dieselmotortreibstoff (Markenware, Selbstbedienung) mit 1,30 DM um 1,1% billiger angeboten wurde. Im Vergleich zu August 1981 betrug der Preisrückgang für Normalbenzin — 5,2%, für Dieselmotortreibstoff — 0,9% und für Heizöl — 2,8%. wr

Steigender Güterumschlag im Hafen Ludwigshafen

Ludwigshafen ist mit einem 25%igen Anteil am Güterumschlag der wichtigste rheinland-pfälzische Binnenhafen. In den ersten sieben Monaten 1982 wurden dort 4,8 Mill. t Güter umgeschlagen, das sind 4,1% mehr als von Januar bis Juli 1981. 1,5 Mill. t Güter wurden versandt, 3,3 Mill. t kamen an.

Überwiegend wurden chemische Erzeugnisse (1,2 Mill. t) umgeschlagen. Es folgen Steine und Erden sowie Mineralölerzeugnisse (je 1 Mill. t), Düngemittel (0,6 Mill. t) sowie Kohle, Koks und Briketts (0,5 Mill. t). gz

Die meisten Verkehrstoten durch Zusammenstoß von Fahrzeugen

Von Januar bis Juli 1982 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 335 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang, bei denen insgesamt 375 Personen ums Leben kamen. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres verringerte sich die Zahl der Unfälle um 57, die der Todesopfer um 70.

Jeder dritte Unfall war ein Alleinunfall. Dabei wurden 117 Verkehrsteilnehmer tödlich verletzt. Ursache der Alleinunfälle ist meist das Abkommen von der Fahrbahn durch überhöhte Geschwindigkeit. Auf diese Weise verloren 73 Insassen von Personenkraftwagen, 29 motorisierte Zweiradfahrer und acht Lastkraftwagenfahrer das Leben.

Bei drei von fünf tödlichen Unfällen waren zwei Verkehrsteilnehmer beteiligt. Ursachen waren in 113 Fällen ein Zusammenstoß zwischen Fahrzeugen und in 66 Fällen eine Kollision zwischen fahrenden Fahrzeugen und Fußgängern. Bei solchen Unfällen wurden 84 Insassen von Personenkraftwagen, 67 Fußgänger, 48 motorisierte Zweiradfahrer und 14 Radfahrer getötet. gz

Jeder zweite Rheinland-Pfälzer ist motorisiert

Am 1. Juli 1982 waren in Rheinland-Pfalz 1 811 341 Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind 48 124 oder 2,7% mehr als ein Jahr zuvor. Mit 498 Kraftfahrzeugen pro 1 000 Einwohner besitzt rechnerisch jeder zweite Rheinland-Pfälzer ein motorisiertes Fahrzeug.

Die Zunahme ist vor allem auch auf die Zulassungen von Personenkraftwagen zurückzuführen. Der Zuwachs blieb aber hier mit + 2,1% unter dem Durchschnitt. Stark erhöhte sich die Zahl der Krafträder (+ 24%). Auch Kombis (+ 4,1%) und Sonderkraftfahrzeuge (+ 9,8%) nahmen überdurchschnittlich zu. Dagegen ging der Bestand an Lastkraftwagen um rund 500 Einheiten zurück. gz

Themen der letzten Hefte

Heft 5/Mai 1982

Entwicklung des Sozialprodukts 1970 bis 1981
Außenhandel mit Argentinien
Wohnungsbau und Bauwirtschaft 1981
Industrie der Steine und Erden
Gastgewerbe 1979/80

Heft 6/Juni 1982

Volkszählung 1983
Geburtsgewicht und Körperlänge von Neugeborenen
Analyse und Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk 1971 bis 1981
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1970 bis 1980

Heft 7/Juli 1982

Neues Kommunalwahlrecht
Verschuldung der Kommunen
Bedeutung des Außenhandels
Krankenhausbedarfsplanung
Programmwartung in der Krankenhausautomation

Heft 8/August 1982

Ausbildungsplätze im Mai 1982
Privatquartiere und Kleinbetriebe im Fremdenverkehr
Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982
Baulandmarkt und Baupreise 1981
Umsätze der gewerblichen Wirtschaft
ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt
Strukturierte Programmierung

Themen der folgenden Hefte

Regionalstruktur des Großhandels
Arbeitsstätten im Einzelhandel
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983
Arbeitskräfteangebot 1970 bis 1995
Volkszählung 1983
Binnenfischerei 1981

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.